

H A L B Z E I T B I L A N Z

Meine Arbeit für eine soziale, bürgernahe und zukunftsgerichtete EU



GABY BISCHOFF, MDEP



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Gaby Bischoff
Kurt-Schumacher-Haus (5. OG)
Müllerstraße 163
13353 Berlin

☎ +49 (0)30 4692 257
✉ info@gaby-bischoff.eu

Redaktion: Büro Gabriele Bischoff
Layout: eschdesigns.de

Bildnachweise:

© Europäisches Parlament
© Büro Gaby Bischoff
© Büro Gaby Bischoff, Fotos: Fionn Grosse
© Tobias von dem Berge
© Socialists & Democrats

Inhalt

Vorwort	6
Für Sie da Mein Team und ich	9
Über mich	10
Mein Team	11
Europabüro Brüssel	11
Europabüro Berlin	12
Europabüro Frankfurt/Oder	12
Ehemalige Mitarbeiter*innen und Praktikant*innen	13
Zweieinhalb bewegte Jahre im Parlament	15
Rückblick: Das war die Europawahl	16
Sechs EU-Ratspräsidentschaften, die meine erste Halbzeit im Parlament begleitet haben	17
Das konnte ich im Europäischen Parlament erreichen	21
Transparenz und Demokratie Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO)	23
Von Berlin aus über die Zukunft Europas mitbestimmen	24
Änderung der Geschäftsordnung zur Sicherstellung der parlamentarischen Arbeit während der Pandemie und für mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Ausschussvorständen	25
Soziales Europa Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen (EMPL)	27
Arbeitnehmer*innenrechte grenzüberschreitend durchsetzen	28
Arbeitnehmer*innenrechte in der neuen Arbeitswelt – Plattformarbeit, Überwachung durch KI & Recht auf Nichterreichbarkeit	30

Europa mit einer starken Mitbestimmung fit für die Zukunft machen	32
Für eine bunte und vielfältige EU mit starken LGBTQ+-Rechten	34

Nachhaltige Investitionen |

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)	36
--	-----------

Das Europäische Semester – die EU-Wirtschaftspolitik sozialer und demokratischer gestalten	37
Gerechte Übergänge zu einer nachhaltigen Wirtschaft in Europa	37
Nachhaltigkeitsberichterstattung – Unternehmen in die Verantwortung nehmen	39

Delegation für die Beziehungen zu dem MERCOSUR	40
---	-----------

Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland	41
--	-----------

Weitere Themen, die mich bewegen 43

Was bedeutet der Brexit für Brit*innen in der EU und EU-Bürger*innen im Vereinigten Königreich?	44
--	-----------

Menschenwürdige Bedingungen für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen: Wie kann die EU schnell und nachhaltig helfen?	46
---	-----------

Starke Frauenrechte in Europa: Gemeinsam gegen das Abtreibungsverbot in Polen und für die sexuelle Selbstbestimmung von allen Frauen	48
---	-----------

Unterstützung für Künstler*innen während der Corona-Pandemie	50
---	-----------

Unterzeichnete Briefe und parlamentarische Anfragen	51
--	-----------

Europa von Berlin aus verbessern

Meine Arbeit im Wahlkreis 55

Unterwegs im Bezirk	56
----------------------------	-----------

Sattelfest für Europa: meine Europaradtouren	59
Feierabend-Aperitivo zum Thema „Mitbestimmung in Europa“	60
EU-Besuchergruppen	60
Sozialdemokratische Werte Parteileben	62
Patenschaften	64
#FreeSaba	64
#weStandBYyou	64
Lesepatenschaft	65

Für Sie hör- und sichtbar Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilungen	68
Gaby in der Presse	68
Podcasts	68
Videos	68
Social-Media	69

Ausblick

Ein Überblick über meine Termine

Vorwort



Halbzeit! Bereits die Hälfte meiner Amtszeit im Europäischen Parlament ist verstrichen und ich möchte gemeinsam mit Ihnen auf diese ereignisreiche Zeit zurückblicken.

Auch mein zweites Jahr als Europaabgeordnete war geprägt durch die Covid-19-Pandemie. Es ist eine große Erleichterung, dass durch die Impfkampagne in den Mitgliedstaaten das Reisen nach Straßburg und Brüssel mittlerweile wieder möglich ist und die Arbeit im Parlament zwischenzeitlich zur Normalität zurückkehren konnte. Es hat mir sehr viel Energie und Antrieb gegeben, dass über die Sommermonate wieder Treffen mit Bürger*innen möglich waren und ich mir von Angesicht zu Angesicht die Anliegen vor Ort anhören konnte.

Trotzdem hat sich die Art und Weise, wie ich als Europaabgeordnete arbeite, stark verändert. Während den Hochphasen der Pandemie fanden alle Termine, Ausschusssitzungen und sogar das Plenum im Home Office statt. Der Austausch, die Abstimmungen, die Plenardebatten - alles verlagerte sich in den digitalen Raum. Als Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen habe ich deshalb die Änderung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments vorangetrieben, um sicherzustellen, dass wir auch während zukünftiger Krisen die Arbeit des Parlaments gewährleisten können.

Es ist gut, dass wir auch im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen unsere Arbeit fortführen konnten. Denn die Pandemie hat wie unter dem Brennglas gezeigt, wie groß die soziale Spaltung in der EU ist. Die Jugendarbeitslosigkeit

ist beispielsweise weiter gestiegen und die Ausgangsbeschränkungen sind ein Albtraum für alle Familien, die aus Mangel an bezahlbarem Wohnraum beengt zusammen leben. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass Anfang des Jahres unter der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft schließlich ein Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte veröffentlicht wurde. Armutsfeste Mindestlöhne, eine starke Mitbestimmung, eine bessere Koordinierung der Sozialsysteme und eine Weiterbildungsoffensive sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einem sozialen Europa, die ich mit meiner Arbeit vorantreiben möchte.

Europa muss also sozialer und krisensicherer, aber auch demokratischer werden. Wie erreichen wir das? Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein einzigartiges Konzept, um die EU-Bürger*innen an den großen Entscheidungen über unsere Zukunft zu beteiligen. 2021 hat die Zukunftskonferenz endlich Schwung aufgenommen und ich setze mich sowohl in Berlin als auch in Brüssel dafür ein, dass die Ideen und Vorschläge der Bürger*innen nicht in der Schublade verstauben, sondern in die Tat umgesetzt werden.

Meine Halbzeitbilanz gibt Ihnen einen Einblick in diese Themenbereiche und meine Arbeit im Europäischen Parlament. Es ist mir wichtig, dass mein politisches Handeln transparent ist und ich stehe immer gerne für Anregungen und Fragen zur Verfügung. Schreiben Sie mir oder kommen Sie auf einen Kaffee in mein Büro vorbei.

Ihre Gaby Bischoff



The background is a solid red color. A diagonal line of five-pointed stars, in a slightly darker shade of red, runs from the top right towards the bottom left. The stars are of varying sizes and are partially cut off by the edges of the frame.

Für Sie da

Mein Team und ich



Über mich

Ich vertrete die Berliner*innen seit Juli 2019 als Abgeordnete im Europäischen Parlament. Was hat mich dazu motiviert, mich zur Wahl zu stellen und mein Amt als Politikerin in der EU anzutreten?

Ich bin seit vielen Jahren in der Europapolitik aktiv und habe unter anderem an der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU als Sozialattaché gearbeitet. Auch als Leiterin der Abteilung für Europapolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund und als Präsidentin der Arbeitnehmer*innengruppe beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss habe ich die politischen Geschehnisse in der EU eng begleitet. Mein Ziel bestand immer darin, zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in der EU beizutragen. Als Gewerkschafterin treibt mich der Wunsch an, dass jeder Mensch in Europa ein gutes Leben haben und sich entfalten kann – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierungen oder körperlichen bzw. geistigen Voraussetzungen.

Außerdem bin ich besorgt über den Zustand der Demokratie in Europa. Wir brauchen mehr Mitsprache und Beteiligung der Bürger*innen an der Europapolitik. Dieser demokratische Ansatz darf nicht am Werkstor bzw. an der Bürotür aufhören: Wir brauchen eine starke Mitbestimmung in allen Bereichen!



Deshalb mache ich mich im Europäischen Parlament als Vizepräsidentin im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) und als Vollmitglied im Beschäftigungs- und Sozialausschuss (EMPL) für diese Themen stark. Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) arbeite ich an Vorhaben für eine sozialere und nachhaltigere Wirtschaft in der EU.

Ehrenamtlich setze ich mich seit Jahren für eine handlungsfähigere EU ein, z. B. als Vize-Präsidentin der Europa-Union Deutschland. Als Mitglied des Trägervereins der Europäischen Akademie Berlin engagiere ich mich dafür, dass Europa in Berlin sichtbarer wird und die europapolitische Bildung gestärkt wird.

Auch Gleichstellungspolitik und die Rechte der LGBTIQ+-Gemeinschaft liegen mir sehr am Herzen. Deshalb bin ich Ehrenmitglied des Think Tanks „Gender 5+“ und Beisitzerin der SPD Queer in Berlin. Außerdem bin ich schon lange bei der IG Metall und beim Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club Mitglied.



Mein Team

Ein gutes Team ist für eine erfolgreiche politische Arbeit unerlässlich. Meine beiden Abgeordnetenbüros in Berlin und Brüssel sind mit sechs Mitarbeiter*innen besetzt. Mir war es von Anfang an wichtig, dass wir für Sie ansprechbar sind. Bei Anregungen, Fragen und Ideen kommen Sie gerne persönlich auf mich zu oder wenden Sie sich an meine Büros.

Europabüro Brüssel

Europäisches Parlament
ASP 12G210 Rue Wiertz 60
1047 Brüssel

+32 228 47548
gabriele.bischoff@ep.europa.eu

Özlem Deniz leitet mein Brüsseler Büro und unterstützt mich als politische Referentin inhaltlich in der Ausschussarbeit zu konstitutionellen Fragen (AFCO) und zum Reformprozess zur Konferenz zur Zukunft Europas.



+32 228 47548
ozlem.deniz@ep.europa.eu

Joana Inês Marta Sommer ist politische Referentin und steht mir in den Bereichen Beschäftigung und Soziales (EMPL) und bei Fragen zum Europäischen Semester und zur Tarifpolitik (ECON) zur

Seite. Zudem ist sie federführend für meine politische Kommunikation zuständig.



+32 228 37548
joana.martasommer@ep.europa.eu

Susanne Tannert, parlamentarische Assistentin, ist zuständig für die Administration meines Brüsseler Büros: Sie koordiniert meine Termine und Auftritte in Brüssel und Straßburg, organisiert Veranstaltungen und betreut meine Besuchergruppen.



+32 228 38548
susanne.tannert@ep.europa.eu

Einmal im Monat tagt das Parlament für eine Woche in Straßburg. Mit Sack und Pack ziehe ich dann montags zusammen mit meiner Büroleiterin Özlem Deniz und allen relevanten Unterlagen aus meinem Brüsseler Büro nach Straßburg. Donnerstags geht es dann wieder nach Brüssel oder Berlin.



Europabüro Berlin

Kurt-Schumacher-Haus (5. OG)
Müllerstraße 163
13353 Berlin

+49 (0)30 4692 255
info@gaby-bischoff.eu

Im roten Wedding, im Herzen Berlins, habe ich mein Wahlkreisbüro eingerichtet. Sie finden uns im Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstraße 163 im 5. Stock. Bei „Einem Espresso mit Gaby“, in der Regel am Freitag, treffe ich mich gerne dort mit Ihnen zu einem persönlichen Gespräch. Melden Sie sich bitte hierfür bei meinem Berliner Team an.

Petra Wolf ist meine Büroleiterin und politische Referentin in Berlin. Sie koordiniert meine Berliner Termine und bereitet sie inhaltlich vor. Zudem organisiert und betreut sie die EU-Bildungsfahrten nach Brüssel und Straßburg.



+49 (0)30 4692 257
petra.wolf@la.europarl.europa.eu

Marie Kersten ist meine Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Berlin. Sie bereitet meine Termine inhaltlich vor und beantwortet die Anfragen der Bürger*innen.



+49 (0)30 4692 256
marie.kersten@la.europarl.europa.eu

Julian Schell ist studentischer Mitarbeiter. Er unterstützt meine politische Kommunikation.



+49 (0)30 4692 256
julian.schell@gaby-bischoff.eu

Europabüro Frankfurt/Oder

Große Scharrnstraße 11A
15230 Frankfurt Oder

Seit dem 08. 04. 2021 gibt es außerdem ein Regionalbüro der S&D-Fraktion in Frankfurt/Oder. Die Kontaktperson dort ist die S&D-Fraktionsmitarbeiterin **Marie Glissmann** mit der mein Team und ich in regem Austausch stehen.



+49 335 1309 9084
marie.glissmann@europarl.europa.eu



Ehemalige Mitarbeiter*innen und Praktikant*innen

Darüber hinaus möchte ich mich herzlich bei meinen sonstigen und ehemaligen Mitarbeiter*innen und Praktikant*innen für ihre professionelle, engagierte und ideenreiche Unterstützung bedanken:

- **Manuel Roja Oyarzo**, politischer Referent
- **Henriette Wachtel**, studentische Mitarbeiterin
- **Milan Zetzsche**, studentischer Mitarbeiter
- **Friedrich Ernst**, Praktikant
- **Jan Meyering**, Praktikant
- **Arturo Bjørklund Winters**, Praktikant
- **Justin Diawuoh-Berthold**, Praktikant
- **Vanessa Schweikert**, Praktikantin



The background is a solid red color with several white, five-pointed stars of varying sizes scattered across it. The stars are positioned in a way that suggests a flag or a decorative pattern.

**Zweieinhalb
bewegte Jahre
im Parlament**



Rückblick: Das war die Europawahl

Rund 200 Millionen Unionsbürger*innen haben an der Europawahl vom 23. bis 26. Mai 2019 teilgenommen, um die Abgeordneten zu wählen, die sie in den kommenden fünf Jahren im Europäischen Parlament vertreten. Gestärkt durch die hohe Wahlbeteiligung, bin ich in die neue Legislaturperiode als Mitglied der sozialdemokratischen S&D-Fraktion gestartet. Mit ihren 145 Mitgliedern ist sie die zweitstärkste politische Kraft im Europäischen Parlament und eine der ältesten Fraktionen, die seit den ersten Direktwahlen im Jahr 1979 existiert.

Die Europawahl war zugleich ein großer Erfolg und eine große Enttäuschung. Wieso? Einerseits haben wir mit 61,4% die höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren erreicht. Andererseits hatten die Wähler*innen keinen Einfluss darauf, wer Kommissionspräsident*in wurde – das war für viele eine große Enttäuschung. Meine ausführliche Bilanz finden Sie hier: <https://gaby-bischoff.eu/plenum-bilanz-zur-europawahl-2019/>

Die Bürger*innen – und gerade die jungen Europäer*innen – haben durch ihre starke Beteiligung bei der Europawahl deutlich gemacht, dass sie ein großes Interesse und auch konkrete Erwartungen an Europa haben. Sie fordern, dass ihre Rechte in einer zunehmend zusammenwachsenden Welt geschützt und gestärkt werden, denn nationale Antworten alleine reichen nicht mehr aus. Die hohe Wahlbeteiligung war wichtig, denn die Stimmen der Euroskeptiker*innen und Rechtspopulist*innen wurden im Vorfeld der Wahl lauter. An die Stelle von Solidarität ist in einigen Staaten der

Europäischen Union (EU) ein erstarkender Nationalismus à la „my country first“ getreten. Es wurde realistisch, was vor einigen Jahren noch undenkbar schien: Der Wunsch nach dem Austritt aus der EU, wie im Fall des Vereinigten Königreichs.

Die höhere Beteiligung bei der Europawahl war kein Automatismus, sondern wurde durch breite Bündnisse und Initiativen aus der aktiven Zivilgesellschaft erreicht. Als ich am 2. Juli 2019 mein Mandat angetreten habe, ging es zunächst um die Verteilung von Verantwortung in Ausschüssen und Delegationen und die Besetzung von EU-Spitzenämtern, wie die Wahl neuer Kommissar*innen.

Wenn wir mehr Menschen für die EU begeistern und zum Wählen motivieren wollen, müssen wir die Europawahl europäischer und die Besetzung der Spitzenposten in der EU demokratischer sowie sichtbarer machen. Welche Vorschläge liegen dafür auf dem Tisch?



Zum einen können transnationale Wahllisten die föderalistische Dimension der Europawahlen und der Entscheidungsbildung in der europäischen Politik stärken. Sie können ein Bollwerk gegen den erstarkenden Nationalismus in der EU sein.

Zum anderen würden Spitzenkandidat*innen der europäischen politischen Parteien dabei helfen, mehr Aufmerksamkeit für den Europawahlkampf



und eine europäische Öffentlichkeit zu erreichen. Dieses Prinzip muss rechtlich verankert werden, damit sich die Wähler*innen sicher sein können, dass ihre Wahl über EU-Spitzenposten mitentscheidet und sich das Debakel um die Besetzung der Kommissionsspitze nicht wiederholt.

Dafür brauchen wir natürlich auch starke europäische politische Parteien. Aktuell wissen viel zu wenig Europäer*innen, dass es beispielsweise die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE oder engl. PES) gibt und zu wenig deutsche Sozialdemokrat*innen sind Mitglied der SPE. Als Schattenberichterstatterin begleite ich eine Reform des Statuts der Europäischen Politischen Parteien, die zum Ziel hat, deren Aktivität auch außerhalb des Europawahlkampfs zu fördern und eine europäische politische Öffentlichkeit zu stärken.

Sechs EU-Ratspräsidentschaften, die meine erste Halbzeit im Parlament begleitet haben

Seit meinem Amtsantritt habe ich sechs verschiedene EU-Ratspräsidentschaften miterlebt, die auch meine Arbeit als Europaabgeordnete geprägt haben. Finnland, Kroatien, Deutschland,

Portugal, Slowenien und Frankreich hatten in dieser Zeit den Vorsitz des Rates inne. Im politischen Zusammenspiel der Institutionen in der EU spielt die Ratspräsidentschaft, die alle sechs Monate



von einem anderen Land übernommen wird, eine wichtige Rolle. Der Rat ist schließlich neben dem Parlament Co-Gesetzgeber in der EU.

Um längerfristige politische Ziele erreichen zu können und einen roten Faden in der EU-Politik zu garantieren, schließen sich drei Länder zu einer sogenannten „Trio-Ratspräsidentschaft“ zusammen und entwickeln gemeinsame Leitlinien. Jede einzelne Ratspräsidentschaft entwickelt ein Programm, setzt sich ein Motto und politische Zielvorgaben.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hatte sich für die Zeit ihrer Dauer zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2020 ein großes Ziel gesetzt: Sie wollte dafür sorgen, dass Europa stärker, gerechter und nachhaltiger wird. In der Tat sind während der deutschen Ratspräsidentschaft

einige wichtige sozialpolitische Vorhaben angestoßen oder weiterentwickelt worden. So hat beispielsweise die EU-Kommission am 28. Oktober 2020 einen Vorschlag für einen europäischen Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne vorgestellt. Mit der Politik-Influencerin Vivien Wysocki habe ich darüber gesprochen, wie die deutsche Ratspräsidentschaft meine Arbeit als EU-Abgeordnete beeinflusst hat. Hier können Sie das Interview anschauen: <https://www.instagram.com/tv/CJbgCgJp2Lb/>

Trotzdem bleiben auch nach der deutschen Ratspräsidentschaft große Baustellen auf dem Weg zu einem sozialeren und gerechteren Europa. Das Europäische Parlament verhandelt schon lange mit dem Rat über die Reform der sogenannten Verordnung zur Koordinierung der Systeme zur sozialen Sicherheit. Ziel der Überarbeitung ist





die Verbesserung der Situation mobiler Arbeitnehmer*innen auf dem EU-Arbeitsmarkt, mehr Rechtsklarheit und eine bessere und gut kontrollierbare Umsetzung der Regeln. Leider haben wir es unter dieser erfahrenen deutschen Ratspräsidentschaft nicht geschafft, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Deshalb gilt der Status quo der Verordnung vorerst weiter.

Die Hoffnung war deshalb groß, dass wir den Ball unter dem anschließenden portugiesischen Ratsvorsitz (1. Januar bis 30. Juni 2021) ins Tor tragen können. Schließlich hatte sich die portugiesische Ratspräsidentschaft zum Ziel gesetzt, die EU-Sozialpolitik mit Leben zu füllen. Aber leider konnten wir auch mit den Portugiesen keinen Fortschritt bei der Verhandlung der Verordnung erzielen. Trotzdem hat der EU-Sozialgipfel, der am 7. Mai 2021 in Porto stattfand, Fortschritte gebracht. Dazu zählt insbesondere die Erklärung der Staats- und Regierungschefs, sich für diese Kernziele zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte einzusetzen:

- mindestens 78 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren sollen einen Arbeitsplatz haben;
- mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen;
- und die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Millionen sinken.

Ich hatte die Möglichkeit, mich zu diesem Thema auszutauschen: Am 12. März 2021 habe ich

online mit der SPD-Bundestagsfraktion und dem portugiesischen Botschafter Ribeiro de Menezes über den Sozialgipfel gesprochen.

Bis Ende 2021 hatte Slowenien den Ratsvorsitz inne. Als der slowenische Arbeitsminister im Juli 2021 sein Arbeitsprogramm im Sozial- und Beschäftigungsausschuss vorgestellt hat, habe ich die Gelegenheit ergriffen und nachgehakt: Welche Priorität hat die Angleichung der Sozialsysteme für die slowenische Ratspräsidentschaft? Das Video dazu finden Sie hier: <https://www.youtube.com/watch?v=tM3QwrWm7yE>

Seit dem 1. Januar 2022 hat Frankreich den Staffelstab übernommen und ich werde Sie über die Prioritäten und Errungenschaften der Ratspräsidentschaft auf dem Laufenden halten.



The background is a solid red color with several faint, larger red stars scattered across it, reminiscent of the European Union flag. A white rectangular box is positioned in the lower half of the image, containing the text.

**Das konnte ich
im Europäischen
Parlament erreichen**



Es liegen mittlerweile zweieinhalb bewegte Jahre als Abgeordnete im Europäischen Parlament hinter mir. Als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) setze ich mich für eine Reform des Europäischen Wahlrechts und mehr Demokratie und Transparenz ein. Außerdem ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass die Konferenz zur Zukunft Europas ein erfolgreiches Projekt zur Beteiligung der Bürger*innen an europäischer Politik wird.

Als langjährige Gewerkschafterin engagiere ich mich im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) für gute Arbeit in Europa. Im EMPL mache ich Druck für armutsfeste europäische Mindestlöhne und die Stärkung der Tarifpolitik, für einen Europäischen Rechtsrahmen für soziale Grundsicherungssysteme sowie für die Stärkung der Mitbestimmung in Unternehmen.

Als stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuss (ECON) streite ich für eine sozial ausgewogene und demokratisch legitimierte Koordinierung der EU-Wirtschaftspolitik im Rahmen des Europäischen Semesters, für eine Stärkung der Tarifpolitik und für nachhaltige Investitionen in die Zukunft.

In der Gruppe der sechzehn SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament bin ich arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin und Sprecherin für konstitutionelle Fragen.

Im Dezember 2021 wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament gewählt worden. Ich werde in den nächsten 2,5 Jahren diese Themen verantworten: ein Europa der Rechtsstaatlichkeit, der Werte und Grundrechte sowie faire Mobilität auf dem EU-Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus vertrete ich das Europäische Parlament in der Delegation für die Beziehungen zu dem Mercosur (DMER) und stellvertretend in der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland (DANZ).

Auf den kommenden Seiten möchte ich Ihnen einige politische Vorhaben vorstellen, die wir auf den Weg bringen könnten. Übrigens, wofür ich im Parlament eintrete, ist hier wortgetreu nachvollziehbar:

https://www.europarl.europa.eu/meps/de/197435/GABRIELE_BISCHOFF/home



Transparenz und Demokratie | Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO)

Im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) stehen in dieser Legislaturperiode wichtige institutionelle Projekte auf der Agenda, die dazu beitragen können, europäische Politik transparenter und demokratischer zu gestalten. Die Konferenz zur Zukunft Europas hat sich gleich zu Beginn meiner Amtszeit als eines der Schwerpunktthemen im AFCO-Ausschuss etabliert. Die sozialdemokratische Fraktion hat mich bereits in meinen ersten Wochen im Europäischen Parlament als Vertreterin für die parlamentsinterne Arbeitsgruppe zu dieser wichtigen Initiative ernannt, in der ich die Position des Parlaments mit den anderen Fraktionen direkt mitverhandelt habe. Außerdem bin ich Vorsitzende einer neu eingerichteten Task Force der S&D-Fraktion, in der wir unsere inhaltliche Arbeit im Rahmen der Zukunftskonferenz koordinieren. Nicht zuletzt bin ich gemeinsam mit 108 anderen Europaabgeordneten Teil der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz.

Ein weiterer Schwerpunkt im AFCO-Ausschuss ist die Forderung nach einem vollumfänglichen Initiativrecht für das Europäische Parlament. Als einzig direkt gewählte EU-Institution hat das Parlament eine starke demokratische Legitimation. Trotzdem ist es uns Europaabgeordneten bislang

nicht möglich, selbst Richtlinien oder Verordnungen vorzuschlagen und somit eigene Schwerpunkte zu setzen. Das Europäische Parlament ist bei Gesetzesinitiativen auf die Europäische Kommission angewiesen, die ein Monopol des Initiativrechts besitzt.



Außerdem befassen wir uns in dieser Legislaturperiode mit der Reform des europäischen Wahlrechts. Hier muss es uns gelingen, das Spitzenkandidat*innen-Prinzip endlich rechtlich verbindlich zu verankern und transnationale Wahllisten einzuführen, so dass EU-Bürger*innen aus allen Mitgliedstaaten die Spitzenkandidat*innen



der politischen Familien direkt wählen können. Zusätzlich reformieren wir das Statut der europäischen politischen Parteien, um deren Sichtbarkeit auch außerhalb des Wahlkampfes zu stärken.

Die Corona-Pandemie hatte direkte Auswirkungen auf unsere parlamentarische Arbeit. Da die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments keine Regeln für seine Funktionsweise in außerordentlichen Situationen vorgesehen hatte, mussten wir unsere Geschäftsordnung anpassen. Als Berichterstatterin und Verhandlungsführerin für diesen Prozess habe ich dafür gesorgt, dass auch in Krisensituationen schnelle parlamentarische Entscheidungen möglich sind durch neue technische Lösungen, wie die digitale Teilnahme an Plenartagungen und die Durchführung von Fernabstimmungen.

Von Berlin aus über die Zukunft Europas mitbestimmen



Von Berlin aus über die Zukunft Europas mitbestimmen - geht das? Die Konferenz zur Zukunft Europas soll genau das möglich machen. Sie gibt

allen EU-Bürger*innen die Chance, den politischen Entscheidungsträger*innen Ideen und Vorschläge zu den wichtigen Zukunftsthemen der EU zu präsentieren. Dieser Beteiligungsprozess kommt genau zur richtigen Zeit, denn egal ob es um den Klimawandel oder die Sozialpolitik geht, wir brauchen die besten Ideen und vor allem eine breite Legitimation durch die EU-Bürger*innen, um dringend notwendige Reformen anzustoßen. Ein Kernanliegen besteht darin, eine demokratischere, sozialere und handlungsfähigere EU zu schaffen.

Die europäischen Bürger*innen müssen dabei von Anfang an eine entscheidende Rolle spielen. Nur so können wir garantieren, dass möglichst viele Menschen aus der ganzen EU erreicht werden und sie selbst erfahren, wie wichtig ihr Engagement für ein Europa von morgen ist. Die Konferenz unterscheidet sich deshalb von den bisherigen Formaten der Bürger*innenbeteiligung in der EU, weil diese sich hauptsächlich an ein Fachpublikum gewandt haben.

Wie schaffen wir das? Für die Diskussionsforen der Konferenz werden EU-Bürger*innen repräsentativ ausgewählt. Außerdem müssen Multiplikator*innen vor Ort eingebunden werden, um für die Zukunftskonferenz zu werben. Dann schaffen wir es, auch die Europäer*innen einzubinden, die sich nicht unmittelbar von europäischer Politik angesprochen fühlen oder Zweifel und Vorbehalte gegenüber der EU hegen.

Und wie vermitteln wir diese Vorhaben für die Zukunft Europas den Bürger*innen vor Ort? In Berlin hat sich unter dem Dach der Europäischen



Akademie eine Initiative aus Berliner*innen sowie Vertreter*innen aus der europäischen Politik, Verwaltung, Kunst und Kultur und Vereinen zu diesem Zweck zusammengefunden. Als Berliner Europaabgeordnete habe ich die „Berliner Initiative zur Konferenz zur Zukunft Europas“ mitinitiiert und setze mich dafür ein, dass unser Netzwerk weiter wächst. Schulen, Sportvereine, Kulturstandorte und viele weitere Begegnungsorte sind eingebunden, damit Berliner*innen über die Konferenz zur Zukunft Europas informiert und eingebunden werden können.



Der letzte und entscheidende Schritt besteht darin, die Vorschläge von EU-Bürger*innen in konkrete politische Maßnahmen zu übersetzen. Bisher sind bei zu vielen EU-Beteiligungsprozessen gute Ideen und Meinungsbilder in der Schublade gelandet. Deshalb muss klar sein: Dieses Mal wird sich etwas ändern, denn wir können nicht so weitermachen wie bisher. Änderungen der Europäischen Verträge sollten nicht ausgeschlossen sein, denn manche Blockaden in der EU lassen sich nicht anders lösen. Als Mitglied der Plenarversammlung der Konferenz und als Vorsitzende der Task Force der S&D-Fraktion zur Zukunftskonferenz kämpfe ich vehement dafür.

Wollen Sie mehr über die Konferenz erfahren? Auf meiner Website habe ich häufig gestellte Fragen zusammengestellt und beantwortet:

<https://gaby-bischoff.eu/faq-zukunftskonferenz/>

Änderung der Geschäftsordnung zur Sicherstellung der parlamentarischen Arbeit während der Pandemie und für mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Ausschussvorständen

Als stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) war die Änderung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments in den letzten zweieinhalb Jahren eine meiner Aufgaben.

Als Berichterstatterin für dieses Vorhaben habe ich mich dafür eingesetzt, das Parlament an die veränderten Arbeitsbedingungen während der Corona-Pandemie anzupassen und arbeitsfähig zu halten. Die Parlamentsgebäude in Straßburg und Brüssel wurden am 14. März 2020 geschlossen. Bis Herbst 2020 war die physische Anwesenheit aufgrund von Quarantäneregeln und Reisebeschränkungen im Parlament in vielen Fällen nicht möglich und mein Team und ich waren nur noch vor Ort, wenn es notwendig war. Um die Verbreitung der Corona-Pandemie einzudämmen, haben wir die meiste Zeit aus dem Homeoffice gearbeitet.



Doch gerade in Krisenzeiten braucht die Demokratie ein starkes Parlament. Um unsere Beschluss- und Funktionsfähigkeit weiterhin zu gewährleisten, musste die Ausschussarbeit digitalisiert und Verfahrensregeln angepasst werden. Bisher hatte die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments keine Regeln für seine Funktionsweise in außerordentlichen Situationen vorgesehen.

Andererseits habe ich durch die Änderung eines Artikels der Geschäftsordnung einen Erfolg für die Geschlechtergerechtigkeit im Europäischen

Parlament erzielen können. Genauer gesagt, haben wir uns mit der Parität in den Vorständen der Ausschüsse befasst.

Bisher sah die Geschäftsordnung vor, dass der Vorstand eines Ausschusses weder ausschließlich aus männlichen noch ausschließlich aus weiblichen Mitgliedern bestehen darf. Es genügte also ein einziges männliches oder ein einziges weibliches Mitglied, um diese Anforderung zu erfüllen. Von einem ausbalancierten Verhältnis der Geschlechter konnte keine Rede sein.

Aktuell haben 11 von 27 Ausschüssen einen männlichen Vorsitzenden und einen männlichen stellvertretenden Vorsitzenden. Darunter fallen viele Ausschüsse, die wichtige Politikfelder der EU mitbestimmen, wie der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten oder der Umweltausschuss. In 5 von 27 Ausschüssen gibt es ein weibliches Führungsduo, darunter der Petitionsausschuss. Ich denke, dass das Ungleichgewicht hier deutlich wird.

Deshalb habe ich als Berichterstatterin für die Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments gefordert, dass der Vorsitz und der erste stellvertretende Vorsitz eines Ausschusses nicht demselben Geschlecht angehören dürfen. Im Juli 2021 wurde mein Bericht im Plenum angenommen. Ein wichtiger Erfolg auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Politik!



Soziales Europa | Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen (EMPL)

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen sind bis heute eine große Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft. Länder mit starken Sozialsystemen konnten sich dabei sicherer durch die Krise manövrieren. Trotz der enormen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ist es bisher nicht zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU gekommen - anders als nach der Finanzkrise 2011. Dafür hat unter anderem das europäische Programm SURE beigetragen, durch das Mitgliedstaaten finanzielle Mittel zur Förderung von Kurzarbeit erhalten. Hier hat die EU in kurzer Zeit Handlungsfähigkeit demonstriert. Doch die Pandemie ist noch nicht vorbei und viele Branchen, z. B. im Bereich Kultur und Veranstaltungen, Tourismus und Einzelhandel, hat es hart getroffen. An vielen Orten kann man sehen, dass es Händler*innen und Gastronomen trotz der finanziellen Hilfen nicht geschafft haben und ihre Läden schließen mussten.

Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich hatten schon lange vor der Pandemie ihre Belastungsgrenze erreicht und mussten die kontinuierliche Unterbesetzung in ihren Gesundheitseinrichtungen ausbaden. Vor allem in den südlichen

Mitgliedstaaten hat die Austeritätspolitik der Troika zum Umbau in den Gesundheitssystemen und zur Kürzung öffentlicher Gelder geführt.

Die Pandemie hat uns wie unter dem Brennglas bereits bestehende Probleme, die in Europa schon lange zu einer sozialen Spaltung beitragen, aufgezeigt: unterschiedliche Lohnentwicklung in den Mitgliedstaaten; Beschäftigte, die trotz Vollzeitarbeit arm sind; junge Menschen, die entweder keinen Job finden oder immer nur befristet angestellt werden. Dazu haben wir immer noch zu viele Kinder, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind - mit schweren Auswirkungen für ihr weiteres Leben in Bezug auf die Bildungschancen und ihre Gesundheit.

Besonders schockiert hat mich in den vergangenen zwei Jahren vor allem der Umgang mit Beschäftigten aus anderen EU-Ländern und aus Drittstaaten. Die Nachrichten über Masseninfektionen in deutschen Fleischbetrieben oder vom Tod eines Erntehelfers auf einem deutschen Spargelhof waren das traurige Zeugnis der furchtbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesen Branchen. Das Zwei-Klassen-System von Beschäftigten in der Union muss endlich ein Ende haben!



Im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen setze ich mich daher mit Nachdruck dafür ein, in allen diesen Bereichen Verbesserungen zu erreichen. Hier stelle ich Ihnen einige Schwerpunkte meiner Arbeit im Bereich der Sozialpolitik vor.

Arbeitnehmer*innenrechte grenzüberschreitend durchsetzen



Auf dem Bau, in der Landwirtschaft, in der Pflege, im Straßentransport - Deutschland profitiert in vielen wichtigen Wirtschaftsbereichen von mobilen Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Ländern. Nicht nur in den Grenzregionen leisten sie einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand unseres Landes. Und trotzdem hören wir immer wieder von neuen Skandalen, die aufdecken, unter welchen schlechten Bedingungen diese Arbeitnehmer*innen bei uns arbeiten und untergebracht sind. In der Corona-Pandemie ist das Scheinwerferlicht auf die

Arbeitskräfte in der Fleischbranche und auf Erntehelfer*innen gefallen. Viele von ihnen haben sich aufgrund mangelnden Arbeits- und Gesundheitsschutzes und durch die Unterbringung in Massenunterkünften mit dem Corona-Virus infiziert – zum Teil mit dramatischen Folgen. Beratungsprojekte, die EU-Bürger*innen über ihre Arbeitsrechte in Deutschland aufklären, berichten bereits seit Jahren von regelrechter Ausbeutung von EU-Arbeitnehmer*innen. Ackern im Akkord, Verstöße gegen das Mindestlohngesetz, gefährliche Arbeit ohne Sozialversicherung, Unterbringung in Baracken, Einschüchterung und fehlende Aufklärung über ihre Rechte – all das ist leider die Realität für viele mobile Arbeitnehmer*innen. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ scheint leider noch in weiter Ferne zu liegen.

Deshalb habe ich im März 2021 eine Woche in meinem Wahlkreis unter das Motto „Faire Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft“ gestellt. Ich habe eine Online-Veranstaltung mit Gewerkschafter*innen, Arbeitgeber*innen und Politiker*innen durchgeführt, um gemeinsam über mögliche Lösungsvorschläge zu diskutieren. Das Fazit des Austauschs: Der europäische Traum bedeutet, dass EU-Bürger*innen überall unter fairen Arbeitsbedingungen arbeiten können und Betriebe im Umkehrschluss Arbeitskräfte in ganz Europa finden können, solange sie faire Arbeitsbedingungen garantieren. Jeder Betrieb, der öffentliche Gelder (z. B. im Rahmen der Gemeinsame Agrarpolitik der EU) erhält, muss sicherstellen, dass faire Arbeitsbedingungen garantiert und Standards eingehalten werden. Wenn dies nicht geschieht,



brauchen wir einen monetären Hebel in Form von Sanktionen.



Eine andere Gruppe von mobilen Beschäftigten arbeitet zwar nicht zwangsläufig unter derart schlechten Bedingungen, wird aber ebenfalls häufig von der Politik vergessen: Grenzpendler*innen, die in den Grenzregionen Deutschlands täglich auf dem Arbeitsweg eine EU-Grenze passieren. Als während der Corona-Pandemie über Nacht die Grenzen dicht gemacht wurden, standen sie in langen Schlangen vor den Grenzposten und es war völlig unklar, ob sie beispielsweise ihr Gehalt für diese versäumten Arbeitstage erhalten würden. Mit Joanna Hubert von der Fachstelle für Migration und Gute Arbeit in Brandenburg habe ich darüber gesprochen, vor welchen Herausforderungen Grenzpendler*innen auch jenseits solcher Ausnahmesituationen stehen. Das ganze Gespräch können Sie sich hier ansehen: <https://www.instagram.com/tv/CNHvsXfK3fy/>

Am Beispiel der Grenzpendler*innen zeigt sich, wie groß der Bedarf nach einer stärkeren

Koordinierung der europäischen Sozialpolitik ist. Seit Beginn meiner Amtszeit verhandle ich als Berichterstatterin die sogenannte EU-Verordnung 883 zur Koordinierung der Systeme zur sozialen Sicherung in den verschiedenen EU-Staaten. Im Rahmen dieser Tätigkeit habe ich mich im November 2020 mit Arbeitnehmer*innen und Politiker*innen in der Großregion SaarLorLux über die Situation von Grenzpendler*innen ausgetauscht. Dort zeigt sich exemplarisch, mit welchen Problemen grenzüberschreitende Arbeitnehmer*innen in der EU konfrontiert sind. Wenn sie arbeitslos werden oder aus anderen Gründen auf Sozialleistungen angewiesen sind, hapert es mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zum einen, weil die institutionelle Zusammenarbeit durch mangelnde Digitalisierung zu langsam ist. Zum anderen, weil die EU-Staaten in nationalen Denkmustern feststecken, wenn es um die soziale Sicherung von Arbeitnehmer*innen geht. Deshalb sind viele Grenzgänger*innen an ihren Beschäftigungsorten schlechter gestellt, als ihre Kolleg*innen, die dort ihren Wohnsitz haben. Diese Ungerechtigkeit ist eine Barriere für die Arbeitskräftemobilität, die wir beseitigen müssen.



Arbeitnehmer*innenrechte in der neuen Arbeitswelt – Plattformarbeit, Überwachung durch KI & Recht auf Nichterreichbarkeit

Fahrradkurier*innen haben mit ihren großen kastenförmigen Rucksäcken das Stadtbild in der Pandemie bestimmt. Sie stehen sinnbildlich für den Boom der E-Commerce- und Lieferbranche. Nicht erst seit der Pandemie kämpfen Wolt, Lieferando, Gorillas, Flink und bald auch Delivery Hero und Getir um die größten Marktanteile. Ein Kampf, der wortwörtlich auf dem Rücken der Beschäftigten stattfindet.

Es ist gerade in der Plattformökonomie ein weitverbreitetes Phänomen, dass junge Unternehmen in einem unglaublichen Tempo wachsen – die Arbeitnehmer*innenrechte dabei aber häufig auf der Strecke bleiben. Doch innovative Geschäftsideen dürfen die Errungenschaften vergangener Arbeitskämpfe nicht aushebeln. Die Frage nach der Definition des Arbeitsverhältnisses ist dafür entscheidend. Standardmäßig werden Plattformarbeiter*innen nicht als Angestellte, sondern als Solo-Selbstständige beschäftigt. Das hat oft entscheidende Nachteile, wenn es um Urlaubsansprüche, garantierte Arbeitsstunden oder Krankenversicherung geht. Doch es gibt immer mehr Fälle in Europa, in denen Gerichte entscheiden, dass dieses Geschäftsmodell der Plattformen nicht rechtmäßig ist.

Die prekären Arbeitsbedingungen der Plattform*arbeiterinnen sind mitnichten ein Berliner

oder nur ein deutsches Problem. Diese Plattformen agieren weltweit und sind in nahezu allen europäischen Ländern aktiv. Deswegen gehen das Europäische Parlament und die Europäische Kommission jetzt europaweit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeiter*innen an. Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, hat es sich bereits zu Beginn seiner Amtszeit in seinem „Mission Paper“ auf die Fahne geschrieben: Menschen, die für Plattformen arbeiten, müssen wir zukünftig besser schützen. Die Kommission konsultierte in einem ersten Schritt die repräsentativen europäischen Verbände der Sozialpartner auf EU-Ebene und hat Anfang Dezember einen Gesetzesvorschlag zur Regulierung der Plattformarbeit vorgelegt.

Dieser Vorschlag folgt auf einen guten Initiativbericht aus dem Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments zu fairen Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmer*innenrechten und Sozialschutz in der Plattformökonomie, der im Juli im Ausschuss und anschließend im Plenum verabschiedet wurde. Der politische Druck nimmt zu, um hier europaweit verbindliche Mindeststandards in der Plattformarbeit zu setzen. Eine Kernforderung der Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament ist die Umkehr der Beweislast – und zwar zugunsten der Arbeitnehmer*innen. Es soll standardmäßig davon ausgegangen werden, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen einem/einer Arbeitnehmer*in und einer Plattform vorliegt, wenn im Rahmen von plattformbasierter Arbeit Dienstleistungen erbracht werden. Die Plattform kann diese Rechtsvermutung natürlich widerlegen, schließlich besitzt sie alle Informationen zum



Beschäftigungsverhältnis. Selbstständigkeit soll es natürlich weiterhin geben - allerdings nur, wenn die rechtlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Es geht schließlich darum, EU-weit kleine- und mittelständische Unternehmen und Plattformen mit Festangestellten vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen, die durch das Lohn- und Sozialdumping derartiger Geschäftsmodelle verursacht werden.

Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Mitbestimmungs-, Tarif- und Streikrecht für Plattformarbeiter*innen gewährleistet werden. Dazu gehören klare gesetzliche Regelungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) zur Arbeitssteuerung- und Überwachung. Mitarbeiter*innen müssen ein Mitspracherecht beim Einsatz und der

Ausgestaltung der Algorithmen haben, die ihre Arbeit bestimmen. Bei Amazon sehen wir bereits, wie durch innerbetriebliche technische Kontrollsysteme der Leistungsdruck auf die Mitarbeiter*innen erhöht wird, um eine Produktivitätssteigerung um jeden Preis durchzusetzen. Der betriebliche Datenschutz wird dabei häufig nicht so eng genommen, wie Amazon-Mitarbeiter*innen und Betriebsräte berichten. Beweisen lässt sich der missbräuchliche Umgang mit den Beschäftigtendaten nicht, da Amazon die Algorithmen zur Arbeitskontrolle selbst entwickelt hat und diese nicht offen legt. Die Scanner, mit denen die Arbeit der Mitarbeiter*innen kontrolliert wird, haben Mikros, die laut Betriebsleitung nicht benutzt werden. Überall sind Kameras installiert, die aber angeblich nicht die Beschäftigten filmen. Welche Daten wie erhoben





und verarbeitet werden, weiß nur das Unternehmen selbst. Wir brauchen hier dringend politische Regulierung, denn Technik und Digitalisierung sollten Arbeitnehmer*innen unterstützen. Sie dürfen sie nicht krank machen.

Das gilt auch für Beschäftigte anderer Unternehmen, die von zu Hause aus arbeiten. Während der Pandemie haben viele Arbeitnehmer*innen gemerkt, wie die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwinden. Morgens beim Frühstück oder abends, nachdem die Kinder im Bett sind, fühlten sich viele gezwungen noch einmal in ihren Posteingang nachzuschauen, da viele Arbeitgeber*innen eine ständige Erreichbarkeit voraussetzen. Das schafft Stress und kann auf Dauer zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Deshalb haben wir Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament während der Pandemie ein Recht auf Nichterreichbarkeit vorgeschlagen.

Europa mit einer starken Mitbestimmung fit für die Zukunft machen

Wir haben uns viel vorgenommen in der EU. Parallel zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach der Covid-19-Pandemie wollen wir die digitale Transformation der Arbeitswelt mitgestalten und dem Klimawandel entgegenwirken. Kein Wunder also, dass der Ruf nach einer Demokratisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt immer lauter wird – sei es aus der Wissenschaft oder aus der Praxis. Die Menschen wollen mitentscheiden, wie wir diese großen Herausforderungen

angehen und selbst Lösungsvorschläge einbringen, statt unter die Räder zu geraten. Wie können wir sicherstellen, dass bei diesen Umwälzungen in der EU niemand auf der Strecke bleibt? Wie erreichen wir einen gerechten Übergang, bei dem Jobs erhalten bleiben und Nachhaltigkeitsstrategien umgesetzt werden? Die Antwort ist klar: mit einer starken Mitbestimmung.

Als die Wirtschaft während des Lockdowns heruntergefahren wurde, haben wir gesehen, dass Beschäftigte mit Tarifverträgen oder betrieblicher Interessenvertretung besser dastanden. Ihr Kurzarbeitergeld wurde in vielen Fällen zusätzlich aufgestockt und sie hatten am Ende des Monats mehr Geld zur Verfügung.

Doch nicht alle Arbeitnehmer*innen konnten von der Kurzarbeit profitieren. Wir mussten beobachten, dass einige Unternehmen die Pandemie für Restrukturierungen genutzt haben – inklusive der Kürzung von Arbeitsplätzen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wird ebenfalls steigen. In Berlin kann sicherlich jede*r mindestens eine Kneipe, ein Café oder einen Laden nennen, der die langen pandemiebedingten Schließzeiten nicht überstanden hat.

Außerdem berichten Betriebsrät*innen aus vielen europäischen Unternehmen, dass ihre Informations- und Konsultationsrechte in vielen Fällen ignoriert werden. Darauf habe ich im vergangenen Jahr immer wieder aufmerksam gemacht: mit Briefen an die Kommission, in Online-Debatten oder mit der Unterstützung einer Petition der Europäischen Gewerkschaften.



Wenn Mitbestimmungsrechte umgangen werden, leiden nicht nur die Arbeitnehmer*innen. Denn bereits die Finanzkrise 2008 hat gezeigt, dass mitbestimmte Unternehmen besser aus schwierigen Zeiten hervorgehen. Studien zeigen, dass Unternehmen mit starker Mitbestimmung mehr ausbilden, Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern umsetzen und nachhaltiger agieren. Kurz gesagt: sie sorgen dafür, dass unsere Gesellschaft ein Stück weit fairer und gleichberechtigter wird. Die EU ist nicht nur ein gemeinsamer Markt, sie ist eine Wertegemeinschaft und zu Recht stolz auf die einzigartige Errungenschaft ihres Sozialmodells mit Informations-, Konsultations- und Beteiligungsrechten für Arbeitnehmer*innen.

Allerdings gibt es aktuell fast 40 verschiedene EU-Richtlinien in den Bereichen Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz, die eine Beteiligung der Arbeitnehmer*innen vorsehen. Es ist ein Flickenteppich aus unterschiedlichen, teilweise widersprüchlichen Regelungen entstanden, der zu einem Mangel an Rechtssicherheit für alle Beteiligten führt.

Aus diesem Grund habe ich im Juni 2021 einen Entwurf für einen Initiativbericht vorgelegt, der eine Verbesserung an den bestehenden Gesetzestexten wie dem Gesellschaftsrecht oder der Eurobetriebsrats-Richtlinie fordert. Außerdem strebt mein Bericht Mindeststandards durch einen neuen EU-Rahmen für Unterrichtung, Anhörung und Mitarbeiterbeteiligung an. Am 01. Juli 2021 haben wir das erste Mal im Sozial- und Beschäftigungsausschuss über meinen Entwurf debattiert. In der anschließenden Anhörung

haben führende Expert*innen aus verschiedenen Mitgliedstaaten deutlich gemacht, wie dringend ein neuer EU-Rahmen für die Demokratie am Arbeitsplatz notwendig ist. Die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmer*innen in der EU ist ein Menschenrecht und in der Charta der Grundrechte der EU verankert. Trotzdem bleibt dieses Recht vielen EU-Bürger*innen verwehrt und insbesondere marginalisierte Gruppen wie Saisonarbeiter*innen haben kaum Möglichkeiten, sich gegen Willkür und Ausbeutung am Arbeitsplatz zu wehren.

Die Demokratie am Arbeitsplatz muss ein Schlüsselement zur Gestaltung des Wandels in der EU werden, damit Arbeitnehmer*innen eine Stimme haben und die Veränderungen in der Arbeitswelt mitgestalten und beeinflussen können. Sie dürfen diesem Transformationsprozess nicht machtlos unterworfen sein. Nur so können wir einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Aufschwung für alle schaffen – in einem mitbestimmten Europa.

Mein Bericht ging am 23. November 2021 erfolgreich durch den Sozial- und Beschäftigungsausschuss und wurde am 16. Dezember 2021 mit einer großen Mehrheit vom Plenum des Parlaments angenommen. Dies sendet ein starkes Signal an die Kommission noch in dieser Legislaturperiode eine neue europäische Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Vertretung in den Leitungsorganen vorzulegen. Ein solcher Rahmen ist erforderlich, um EU-weite Mindeststandards für die Beteiligung von Arbeitnehmervertretungen sicherzustellen – ob ein Unternehmen



restrukturiert wird, seine Unternehmensform ändert oder seinen Unternehmenssitz in ein anderes EU-Land verlegt.

Auf mehreren Veranstaltungen tauschte ich mich intensiv mit Arbeitnehmer*innen zum Thema Demokratie am Arbeitsplatz aus. Hier nenne ich exemplarisch einige Gespräche, deren Ergebnisse die Grundlage meines Entwurfes bildeten:

19.11.2012

Eigene Veranstaltung mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer*innen der Berliner SPD | Online-Diskussion: Mit Europa starke Tarifbindung ermöglichen: Wie schaffen wir mehr Demokratie am Arbeitsplatz und fairere Löhne? | mit Rolf Wiegand, Vorsitzender der AfA Berlin und Viktoria Jeske, stellv. Vorsitzende AfA Berlin

26.11.2020

Eigene Veranstaltung | Online-Webinar mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund: More Democracy at Work

08.12.2020

DGB | Online-Workshop zur Mitbestimmungspolitik in Europa: Bilanz und Perspektive der Mitbestimmung in Europa

29.03.2021

Bundesverband Taxi und Mietwagen e.V. | Online-Austausch über Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit am Beispiel Uber

Für eine bunte und vielfältige EU mit starken LGBTIQ+-Rechten

Für mich sind LGBTIQ-Rechte selbstverständlich Menschenrechte. Ihre Umsetzung ist ein entscheidender Bestandteil der EU-Gleichstellungspolitik und damit ein wichtiges Thema im Beschäftigungs- und Sozialausschuss (EMPL). Leider sehen wir, dass diese Menschenrechte, wie zuletzt während der Fußball Europameisterschaft, unter Druck geraten. Seit 2019 bin ich Beisitzerin im Landesvorstand der SPDqueer Berlin. Seit gut einem Jahr engagiere ich mich in der LGBTIQ-Intergroup. Im EU-Parlament ist sie mit 155 Mitgliedern aus 27 Mitgliedstaaten die stärkste überparteiliche Gruppe (EPP, S&D, Renew Europe, Greens/EFA, The Left). Diese sehr aktive Intergroup setzt sich für die Gleichstellung und Durchsetzung von LGBTIQ-Rechten ein. Unter anderem ist es ihr zu verdanken, dass wir im März 2021 im Parlament die Resolution zu einer EU-weiten „LGBTIQ-Freedom Zone“ verabschiedet haben.



Die Resolution ist eine Reaktion auf die immer noch weit verbreitete Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ-Personen in der Europäischen Union. Insbesondere in den Mitgliedstaaten Osteuropas und im Westbalkan werden Men-

schen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität oft systematisch diskriminiert. So hat die polnische Regierung ihren



Vorschlag für ein Adoptionsverbot für gleichgeschlechtliche Paare nur wenige Stunden vor der Erklärung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung der LGBT-Rechte angekündigt. Seit Anfang 2019 bezeichnen eine Reihe von polnischen Gemeinden sich als „LGBT-freie Zonen“. Ende 2020 wurden auch in Ungarn die LGBT-Rechte erheblich über entsprechende Verfassungsänderungen und Gesetze eingeschränkt. Darüber hinaus kam es in Ungarn zu einer Wahlrechtsänderung zu Ungunsten der Opposition. Dies sind nur zwei Länderbeispiele.

Am Freitag, 21.05.2021 habe ich auf meiner Veranstaltung darüber diskutiert, wie wir es schaffen können, dass Europa zu einem Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen wird. Meine Diskussionspartner*innen waren: Camila Garfias, Vorsitzende des europäischen sozialdemokratischen LGBTI-Netzwerkes Rainbow Rose; Mara Geri und Alfonso Pantisano, Vorsitzende der SPDqueer Berlin und Marc Angel, Co-Vorsitzender der Inter-group für LGBTI-Rechte. Hier können Sie die Veranstaltung ansehen: <https://www.youtube.com/watch?v=Z3rZHvaFC5U>

Für ausführliche Informationen über die „LGBTIQ-Rechte in Ungarn“ interviewte ich am 21.07.2021 im Insta-Live Gespräch Krisztina (Tina) Kolos Orbán, Vize-Präsidentin von Transvanilla Transgender Association: https://www.instagram.com/tv/CRLiQIEKC3z/?utm_source=ig_web_copy_link

Ein Riesenerfolg war außerdem meine Veranstaltung am 13.10.2020 „Polen und LGBTI-Rechte – Demokratiefreie Zonen in Europa?“ mit

meinen Kolleg*innen und Mitgliedern der interfraktionellen LGBTI-Intergroup Robert Biedroń und Marc Angel sowie dem Bundestagsabgeordneten Johannes Schrap. Mara Geri und Alfonso Pantisano, die beiden Vorsitzenden der SPDqueer Berlin, kommentierten anschließend die Debatte, die aufgrund der Pandemie-Situation online stattfand. Mehr als 387 Menschen verfolgten unser Event und mehr als 130.000 Menschen sahen auf Facebook den dazugehörigen Beitrag: <https://fb.watch/9byuHMCInv/>



Nachhaltige Investitionen | Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Die Corona-Pandemie stellt die EU-Mitgliedstaaten vor die größte Herausforderung in der Geschichte der Europäischen Union. Um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen abzufedern, hat die Europäische Kommission das Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ vorgeschlagen. „Next Generation EU“ ist das größte Konjunkturpaket aller Zeiten und stellt Mittel in Höhe von 2 Billionen Euro in Form von Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung, damit Europa mithilfe von Investitionen und Reformen wieder auf die Beine kommen kann. Für uns Sozialdemokrat*innen ist dieses europäische Instrument, gerade die Bereitstellung der Zuschüsse an die Mitgliedstaaten, ein wichtiges Zeichen europäischer Solidarität.

Wie die Finanzierung eines nachhaltiges Wiederaufbauprogramms auszusehen hat und wie der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union am Besten ausgestattet werden soll, darüber debattierte ich innerparteilich und mit verschiedenen Organisationen:

05.11.2020

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) | Austausch über Forderungen an den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union.

05.11.2020

Fachausschuss Europa / Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie der SPD Berlin | Online-Diskussion: Der europäische Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“: von der Wettbewerbs- zur Solidarunion?

21.04.2021

Wirtschaftsverband der europäischen Eisen- und Stahlindustrie (EUROFER), globale Gewerkschaftsföderation IndustriAll & Europäischer Gewerkschaftsbund | Online-Event: Building an Economic and Social Framework for a Successful Climate Transition by 2050.

28.05.2021

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris & Confrontations Europe (europäischer ThinkTank) | Online-Konferenz: Europas wirtschaftliche Souveränität: Ist

eine Rückverlagerung von Teilen der Wertschöpfungsketten nach Europa sinnvoll?

Um finanzielle Mittel aus dem Wiederaufbaufonds zu erhalten, müssen die EU-Staaten Wiederaufbaupläne im Rahmen des Europäischen Semesters vorlegen. Was sich hinter dem Europäischen Semester verbirgt und wie wir es reformieren wollen, erkläre ich im Folgenden.

Das Europäische Semester – die EU-Wirtschaftspolitik sozialer und demokratischer gestalten

Im gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum der EU ist es notwendig, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik miteinander abstimmen und gemeinsame Zielvorstellungen verfolgen. Diese Koordinierung findet seit 2010 im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters statt.

Unseren Wirtschaftsraum nach der Corona-Pandemie wieder aufzubauen, war eine der großen Herausforderungen der letzten eineinhalb Jahre. Nachhaltig kann dies aber nur gelingen, wenn wir das Europäische Semester anpassen und die Säule sozialer Rechte zu einem richtungsweisenden Kompass für die Wirtschaftspolitik in der EU machen. Wir haben gesehen, dass Länder mit starken Sozialsystemen besser durch Gesundheitskrisen sowie Ausnahmesituationen kommen und sich davon erholen können. Die Lehren aus der Corona-Pandemie sind eindeutig: Sozialausgaben sorgen für eine krisensichere und stabile Union, die auch zukünftig für ein besseres Leben ihrer Bürger*innen sorgen kann. Die Zeit für eine starke europäische Sozialpolitik ist gekommen.

Wie ein Europäisches Semester genau aufgebaut ist und was es mit einem sozialen Europa zu tun hat, können Sie hier detailliert in einem FAQ auf meiner Website nachlesen: <https://gaby-bischoff.eu/was-ist-das-europaeische-semester-und-wie-kann-es-helfen-die-wirtschaft-nach-der-corona-pandemie-wiederaufzubauen/>

Gerechte Übergänge zu einer nachhaltigen Wirtschaft in Europa

Im Kampf gegen den Klimawandel findet in Teilen Europas ein gewaltiger Transformationsprozess statt. Zu den betroffenen Regionen gehören die größten Steinkohle-Förderer in der EU, unter anderem Ostdeutschland und das Rheinland sowie unser Nachbarland Polen. Die Regierung Polens hat ein Ende des Abbaus von Steinkohle bis 2049 beschlossen; der deutsche Bundestag hat uns in Deutschland das Ziel gesetzt, bis 2038 aus der Kohle auszusteigen. Die neueste Zielmarke, die aus den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021 hervorgegangen ist, liegt im Jahr 2030.

In meiner Videobotschaft an die deutsch-polnische Energiekonferenz „Der Europäische Green Deal und die Auswirkungen auf die Metropolregion Stettin“ am 31.08.2021 habe ich deutlich gesagt, worauf es mir bei diesem Wandel ankommt: Die Aufgabe der Politik wird sein, die Bürger*innen bei diesem Wandel mitzunehmen und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir müssen für Unternehmen und ihre Beschäftigten in den Kohleregionen Perspektiven schaffen und Planungssicherheit geben. Nur so können wir den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa gewährleisten.



Wie kann das gelingen? Was sind Europas Antworten auf den Klimawandel und die notwendigen Schritte, die sich daraus ergeben?

Als erste Antwort für mehr Klimaschutz sowie für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft in der EU hat die Kommission den Europäischen Grünen Deal als Fahrplan vorgelegt. Das Fundament des Grünen Deals ist das europäische Klimaschutzgesetz, das Klimaneutralität in der EU bis zum Jahr 2050 fordert. Auf dem Weg dahin spielt die Aufbau- und Resilienzfähigkeit die bedeutendste Rolle. Dabei handelt es sich um einen Wiederaufbaufonds, der im Rahmen bei der Bewältigung der Corona-Krise geschaffen wurde. Daraus wird ein Großteil der Zuschüsse (312,5 Milliarden Euro) an die EU-Staaten ausbezahlt. Das Ziel besteht darin, dass die Mitgliedstaaten das Geld für Projekte zum nachhaltigen Umbau ihrer Wirtschaft verwenden.

In diesem Zusammenhang wurde der Just Transition Fund (JTF), auf Deutsch „Fonds für einen gerechten Übergang“, geschaffen. Mit Geldern in Höhe von insgesamt 17 Milliarden Euro soll der Fonds den Systemwechsel hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft beschleunigen. Die Mittel kommen vor allem Regionen in Europa zu Gute, deren Wirtschaft stark vom Kohleabbau oder anderen fossilen Brennstoffen abhängig ist. Dort hängen viele Arbeitsplätze an diesen Industrien, die im Zuge des Grünen Wandels nicht einfach verloren gehen dürfen. Mittel aus dem Fonds sollen für Innovationen zur CO₂-Einsparung, für den Einsatz von nachhaltigeren Technologien und für Umschulungen von Arbeitnehmer*innen verwendet werden. Zusätzliche Mittel für die Aus- und

Weiterbildung stehen im Europäischen Sozialfonds (ESF) und im Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) zur Verfügung. Darauf haben alle Mitgliedstaaten Anspruch, die sich zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichten.

Als zweite Antwort hat im Juli 2021 die EU-Kommission das Klimapaket Fit for 55 vorgestellt. Mit Fit for 55 will die EU eine Treibhausgas-Reduktion von 55 % bis 2030 gegenüber 1990 erreichen. In diesem Maßnahmenpaket sind die Reform des europäischen Emissionshandels, neue Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Etablierung eines CO₂-Grenzausgleichs (Bereiche zur Dekarbonisierung der Wirtschaft) enthalten. Aus den Einnahmen des Emissionshandels soll ein Klima-Sozialfonds aufgelegt werden. Das Geld aus diesem Topf soll sowohl bedürftigen Bürger*innen als auch Mitgliedstaaten, die stärker von den Veränderungen betroffen sind als andere und die Kosten der Transformation nicht aus eigener Kraft stemmen können, zur Verfügung stehen. Im Dezember 2021 wurde zudem ein zweiter Teil des Fit for 55-Paket veröffentlicht, der den Gebäudesektor und dekarbonisiertes Gas ins Visier nimmt.

Als Sozialdemokratin ist die Klimafrage für mich eine soziale Frage. Der Europäische Grüne Deal muss eine sozial- und arbeitsmarktpolitische Agenda sein. Mit meiner Fraktion werde ich in den nächsten Monaten hart dafür arbeiten, dass die Verringerung der Emissionen tatsächlich mit einem sozial gerechten Übergang einhergeht. **Um soziale und nachhaltige Transformationsprozesse tatsächlich gewährleisten zu können, setze ich mich täglich in meiner parlamentarischen Arbeit für folgende Ziele ein:**



- Investitionen in breit angelegte Qualifizierungsmaßnahmen und in eine Anpassung von Aus- und Hochschulbildung,
- einen europäischen Rechtsrahmen für armutsfeste Mindestlöhne,
- europäische Standards zur Mitbestimmung,
- eine europäische Arbeitslosenversicherung,
- eine stärkere Berücksichtigung der Interessen aller Bürger*innen,
- und eine umfassende Einbindung aller Sozialpartner.

Denn nur wenn Unternehmen und Beschäftigte an einem Strang ziehen und wenn Unternehmen effektive Verpflichtungen eingehen, können wir die enormen Herausforderungen des Klimawandels stemmen. Der Wandel hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung und ist nicht durch nationale, sondern durch europäische und internationale Politik zu bewältigen.

Nachhaltigkeitsberichterstattung – Unternehmen in die Verantwortung nehmen

Im Werkzeugkasten des EU-Rechts gibt es viel Nützliches, um unser Ziel einer sozialen und klimafreundlichen Wirtschaft zu erreichen. Eins

dieser Werkzeuge ist die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Bereits seit 2017 werden große Unternehmen dazu verpflichtet offenzulegen, welchen Einfluss ihr unternehmerisches Handeln auf die Umwelt, das Klima und die Menschen hat. So können die Unternehmen transparenter über ihre Risiken und Widerstandsfähigkeit berichten und den Aktionär*innen einen besseren Einblick in die Unternehmensleistung abseits der Bilanz geben.

Diese Informationen werden seit 2017 abgefragt:

- Umweltfragen
- soziale Angelegenheiten und die Behandlung von Mitarbeiter*innen
- Achtung der Menschenrechte
- Korruptions- und Bestechungsbekämpfung
- Vielfalt in den Unternehmensvorständen (in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungs- und Berufshintergrund)

Allerdings fehlen einheitliche Standards bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung, die eine wirkliche und vergleichbare Bewertung des Einflusses eines Unternehmens auf Umwelt und Gesellschaft ermöglichen und damit auch nachprüfbar machen, inwieweit Unternehmen ihren Beitrag im Sinne des Pariser Klimaabkommens und der UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung leisten.



Aus diesem Grund hat die Kommission einen Vorschlag zu einer Überarbeitung der bestehenden Richtlinien vorgelegt und damit eine umfassende Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung auf den Weg gebracht. Ich begleite diese Reform im Wirtschaftsausschuss als Schattenberichterstatterin für die S&D-Fraktion.

Der wichtigste Punkt im Kommissionsvorschlag ist die Ausweitung derjenigen Unternehmen, die solche Berichte vorlegen müssen. Bisher sind nur

große Unternehmen mit über 500 Beschäftigten zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet (z. B. die BMW Group, die Rewe Group oder die Siemens AG). Mit der Reform der Richtlinie sollen zukünftig auch börsennotierte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einbezogen werden. Das wäre ein großer Fortschritt, um eine echte Transformation in Europa hinzubekommen. Meiner Ansicht nach ist es auch wichtig, nicht-europäische Unternehmen, die bei uns in der EU tätig sind, einzubeziehen.

Delegation für die Beziehungen zu dem MERCOSUR

Die DMER-Delegation entwickelt Kontakte zu gewählten Vertretern des Mercosur, des süd-amerikanischen Handelsblocks und der Zollunion sowie zu den Ländern, aus denen er besteht: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

Ihre Mitglieder sind automatisch auch Mitglieder der Delegation des Parlaments bei der Euro-Latein-amerikanischen Parlamentarischen Versammlung („Eurolat“), einem interparlamentarischen Forum für Abgeordnete und Vertreter*innen mehrerer lateinamerikanischer Gesetzgeber.

Die DMER-Delegation trifft sich mehrmals im Jahr in Brüssel oder Straßburg, um die Beziehungen zwischen beiden Blöcken und die jüngsten Entwicklungen in den Regionen zu erörtern. Auch werden Besuche ihrer Mercosur-Partner veranstaltet und offizielle Reisen nach Südamerika geplant, um mehr über die lokale Situation zu erfahren, EU-Projekte zu überprüfen und sich mit Gesetzgeber*innen, Mitgliedern der Exekutive des Landes und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zu treffen.

Wichtigstes Thema ist zurzeit die Verhandlung zum EU-Mercosur-Abkommen. Im Juni 2019 hat



sich die EU auf ein Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Ländern geeinigt, durch das unter anderem Zölle gesenkt und Normen angepasst werden sollen. Das Abkommen wird über 780 Millionen Menschen betreffen.

Die Debatten im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten, die dem Abkommen zustimmen müssen, werden sehr kontrovers geführt.

Als Mitglied der EU-Mercosur-Delegation schaue ich daher besonders darauf, dass Sozial-, Klima- und Umweltstandards im Rahmen des geplanten Freihandelsabkommens einen wichtigen Stellenwert erhalten. Wir brauchen verbindliche Zugeständnisse für einen sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Handel von den Mercosur-Staaten. Bisher ist das nicht ausreichend der Fall.

Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland

Mit Australien und Neuseeland verhandelt die EU aktuell ebenfalls Freihandelsabkommen. Beide Länder pflegen gute Beziehungen mit der EU und haben in der Vergangenheit bereits Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Vom 24. bis 28. Februar 2020 konnte ich an einer parlamentarischen Delegationsreise teilnehmen, um in Neuseeland und Australien Parlamentarier*innen der nationalen Parlamente, Regierungsvertreter*innen, Minister*innen, Chefverhandler*innen, Botschafter*innen Deutschlands sowie der EU-Kommission in beiden Ländern zu treffen. Wir haben innovative Unternehmen im Bereich Klimaschutz besichtigt und ich konnte darüber hinaus mit Gewerkschaftsvertreter*innen sprechen. Die Gespräche haben in

Auckland, Wellington, Canberra und Melbourne stattgefunden. Schwierige Themen der Verhandlungen der EU mit beiden Ländern sind unter anderem die Bereiche Landwirtschaft, Herkunftsbezeichnungen aber auch die Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation (ILO). Beide Länder haben die ILO-Konvention 182 zur Kinderarbeit bislang nicht ratifiziert. Freihandelsabkommen sollten nur mit solchen Ländern abgeschlossen werden, die diese unterzeichnet oder den Prozess dazu eingeleitet haben. Auf großes Interesse stieß der „New Green Deal“ und die Klimapolitik. Neuseeland arbeitet hier eng mit den pazifischen Inselstaaten zusammen, die von der Klimakrise besonders betroffen sind.



The background is a solid red color with several faint, light red stars scattered across it. The stars are of varying sizes and orientations, creating a subtle pattern.

**Weitere Themen,
die mich bewegen**



Meine erste Halbzeit im Europäischen Parlament war von vielen Krisen und politischen Ereignissen in der EU geprägt. Der Brexit, die Corona-Pandemie, Angriffe auf den Rechtsstaat in der EU und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen sowie die humanitäre Katastrophe an den Außengrenzen der EU. All diese Themen beschäftigen mich sehr. Es ist mir ein großes Anliegen, zu all diesen Problematiken im Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivist*innen zu sein. Ich suche den Austausch und halte diese Netzwerke zwischen Politik und engagierten Bürger*innen für sehr wichtig. So erhalte ich viele Anregungen und Ideen, die ich in meine politische Arbeit einfließen lassen kann. Es ist mir auch ein wichtiges Anliegen, über diese Themen zu informieren und ich habe dazu pandemiebedingt viele verschiedene Formate ausprobiert.

Was bedeutet der Brexit für Brit*innen in der EU und EU-Bürger*innen im Vereinigten Königreich?

Seit dem 1. Januar 2021 ist das Vereinigte Königreich weder Teil des EU-Binnenmarkts noch Mitglied der Zollunion und somit offiziell Drittstaat. Die EU und das Vereinigte Königreich haben im letzten Moment ein Handels- und

Kooperationsabkommen ausgehandelt. Es ist das erste Mal, dass ein Mitgliedstaat die EU verlässt.

Doch was bedeutet dies konkret? Was beinhaltet das Abkommen? Welche Auswirkungen hat es auf Wirtschaft, Finanzen, Umwelt, Sicherheit



und Soziales und vor allem auf die Brit*innen in der EU und EU-Bürger*innen im Vereinigten Königreich? Mit diesen Fragen habe ich mich im Rahmen einer Themenwoche zum Brexit und am 17. Februar 2021 in einer Diskussionsrunde zum Thema „*You say goodbye and I say hello*“: *Das EU-Brexit-Abkommen – harter Abschied oder weich im Kern?* beschäftigt. Gemeinsam mit Dr. René Repasi, Professor für Internationales und Europarecht an der Universität Rotterdam und Isabelle Schömann, Vorstandsmitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes, habe ich einen genauen Blick in das Abkommen geworfen und über die Folgen für Arbeitnehmer*innen gesprochen. Anschließend haben uns Jacob Armstrong von Labour Berlin, Laura Sichlinger und Thomas Fröhlich von der SPD London an ihren persönlichen Erfahrungen und Eindrücken, die sie nach dem Brexit in ihrem Beruf und Alltag erleben, teilhaben lassen.

Nach der Ansicht von Dr. Repasi handelt es sich beim Brexit-Abkommen um „einen harten Brexit im Schafspelz“. So bietet es aufgrund der verschiedenen Kündigungsklauseln und Änderungsmöglichkeiten wenig Rechtssicherheit. Als besonders problematisch für das Vereinigte Königreich sieht Dr. Repasi die Kontrollen an den innerbritischen Grenzen.

Anschließend widmete sich Isabelle Schömann vom Europäischen Gewerkschaftsbund der Frage, wie sich das Abkommen auf Arbeitnehmer*innen auswirkt. Sie sieht die jahrzehntelangen Fortschritte beim Arbeitnehmer*innenschutz gefährdet und kritisiert die Pläne der britischen Regierung, die Arbeitszeitrichtlinie zu verändern.

Thomas Fröhlich von der SPD London ging auf die gesellschaftlichen Auswirkungen des Referendums 2016 ein. Die politische Rhetorik gegenüber EU-Ausländer*innen sei härter geworden, was sich in der Gesellschaft widerspiegele.

Mir war wichtig, zu verdeutlichen, dass dieses Abkommen Millionen von Menschen mit ihren Perspektiven und Lebensplanungen betrifft und nicht nur allein von institutioneller Seite betrachtet werden darf. Das Abkommen ist komplex, und teilweise „work in progress“. Es ist absehbar, dass die enthaltenen Unklarheiten und Öffnungen zu zahlreichen Konflikten und Schiedsverfahren führen werden. Eine Aufzeichnung des Gesprächs können Sie sich hier anschauen: <https://fb.watch/7z3XEkyDqa/>

Der Abschied von unseren britischen Kolleg*innen im Europäischen Parlament war sehr emotional. Hier erhalten Sie einen Einblick: <https://www.instagram.com/p/B7-mCu-CJdx/>

An dieser Stelle finden Sie eine weitere Veranstaltung zum Brexit:

19. 02. 2021

Eigene Veranstaltung | Insta-Live-Gespräch mit Jacob Armstrong, ehemaliges Vorstandsmitglied der Labour Berlin und SPD & Juso-Mitglied mit britischer Staatsangehörigkeit: „Brexit und jetzt? Was verändert sich für Briten in Berlin?“ | Video: <https://www.instagram.com/tv/CLeciGgIayF/>



Menschenwürdige Bedingungen für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen: Wie kann die EU schnell und nachhaltig helfen?

Immer wieder kommt es zu humanitären Katastrophen an den EU-Außengrenzen. Menschen ertrinken im Mittelmeer oder müssen bei Schnee und Regen monatelang in Zelten hausen. Mittlerweile gibt es in mehreren EU-Staaten Camps, in denen Geflüchtete und Migrant*innen unter menschenunwürdigen Bedingungen darauf warten, ob und wohin sie in die EU einreisen dürfen. Im Winter 2020/2021 wurde die Lage im Camp Lipa in Bosnien-Herzegowina dramatisch, weil die Menschen dort bei Schnee und eisigen Temperaturen zu erfrieren drohten.

Die EU hat zur Versorgung der Menschen in den Camps an der EU-Außengrenze über 89 Millionen Euro an Hilfgeldern zur Verfügung gestellt. Nachdem das Camp Lipa im Dezember abgebrannt ist, hat die EU weitere 3,5 Millionen Euro für die Schaffung winterfester Quartiere bereitgestellt. Doch Geld alleine scheint nicht auszureichen, um die kritische Situation für die Menschen zu verbessern, die nach Europa einreisen wollen.

Wie konnte es so weit kommen und was tut die EU dagegen? Mit diesen Fragen habe ich mich am 27. Januar 2021 in einer Onlinediskussion gemeinsam mit Dietmar Köster, dem Berichterstatter für Bosnien und Herzegowina im Menschenrechtsausschuss der EU und Fritz Ernst, einem freiwilligen Helfer in mehreren Camps bei Bihać beschäftigt. Im Anschluss haben Rosilin Bock, die Co-Vorsitzende des Fachausschusses Internationales der Berliner SPD, und Timo Schramm, der Vorsitzende der AG Migration und Vielfalt der Neuköllner SPD, die Beiträge kommentiert.

Sowohl Fritz Ernst als auch Dietmar Köster, die in engem Austausch mit vor Ort agierenden NGOs stehen, berichteten von der schrecklichen und menschenunwürdigen Situation in Bihać. Beide beschrieben die Praxis der illegalen Push-Backs (das illegale Zurückdrängen von Geflüchteten in andere Staatsgebiete durch staatliche Behörden oder Organisationen) unter Beteiligung der EU-Grenzschutzagentur Frontex. „Für die Geflüchteten an der Außengrenze gilt das individuelle Grundrecht auf Asyl einfach nicht. Sie werden

EDUCATION SOLUTION CAMP IS NOT



mit brutaler Polizeigewalt zurückgedrängt. Ich habe Menschen gesehen, die in Ruinen hausen, wo sie sich mit offenen Feuern wärmen.“, sagte Dietmar Köster.

Im Anschluss stellte Rosilin Bock als Co-Vorsitzende des Fachausschusses Internationales der Berliner SPD klar, dass die Europäische Union mit ihrer Abschottungspolitik internationales Recht bricht. Sie richtete den Fokus insbesondere auf die geflüchteten Kinder: Von den 60.000 Menschen auf der Balkanroute sind 7–9% Kinder und besonders schutzbedürftig. „So wie hier im Herzen Europas sehen keine Flüchtlingslager in Jordanien oder in Kenia aus. Das ist schon extrem. Wir reden über Lampedusa, Libyen, Moria und jetzt über Bosnien und Herzegowina. Wir müssen mit diesem Silodenken aufhören!“, betonte sie.

Für viele Menschen in Europa ist der Mangel an Koordination und Solidarität in der EU-Asyl- und Migrationspolitik nicht nachvollziehbar. Wir benötigen eine handlungsfähige Europäische Union, die mit einer Stimme spricht, Entscheidungen entlang ihres Wertegerüsts trifft und diese umsetzt. Für mich ist klar, dass jeder Mensch ein Recht auf einen fairen Asylprozess und eine menschenwürdige Unterbringung während des Wartens auf einen Entscheid hat. Solange die Entscheidungsfindung zu diesem Thema auf EU-Ebene in der Sackgasse steckt, setze ich mich im Landesvorstand der SPD Berlin für ein umfangreiches Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete ein. In der EU gibt es viele Kommunen, die zu einer Aufnahme der Menschen aus den Lagern bereit sind. Kurzfristig ist das die einzige Lösung, um die Menschen zu unterstützen, die auf der

Suche nach Asyl in der EU an deren Außengrenzen stranden.

Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, dass ein neues europäisches Asylsystem solidarisch und fair gestaltet wird. Nur mit einer nachhaltigen Reform, die einen solidarischen Verteilungsmechanismus einschließt, können wir schutzbedürftigen Menschen wirklich helfen und gemeinsam die Verantwortung für Geflüchtete und Migrant*innen übernehmen.



Starke Frauenrechte in Europa: Gemeinsam gegen das Abtrei- bungsverbot in Polen und für die sexuelle Selbstbestimmung von allen Frauen

Der rote Blitz auf schwarzem Hintergrund war wohl eines der Symbole, die uns aus dem Jahr 2020 am meisten im Gedächtnis bleiben werden. Er steht für die polnische Protestbewegung, die sich für das Recht auf eine sichere Abtreibung und die Selbstbestimmung der Frau einsetzt.

Am 22. Oktober 2020 entschied das polnische Verfassungsgericht, dass die in Polen geltenden Bestimmungen bezüglich der Abtreibung aufgrund eines schweren Fötusdefektes im Widerspruch zur polnischen Verfassung stünden, da diese den „Schutz des Lebens“ verletzen würden.

Bereits vor diesem Urteil hatte Polen eines der strengsten Abtreibungsgesetze in Europa. Abtreibungen waren in nur drei Fällen erlaubt:

1. Die Schwangerschaft stellt eine Bedrohung für das Leben oder die Gesundheit der Frau dar.
2. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit einer schweren und irreversiblen Schädigung des

Fötus oder einer unheilbaren Krankheit, die dessen Leben bedroht.

3. Die Schwangerschaft wurde durch eine verbotene Handlung (Vergewaltigung oder Inzest) herbeigeführt.

Das Urteil des Verfassungsgerichts bedeutet nun für die Frauen, dass sie ihre Schwangerschaft nicht mehr abbrechen dürfen, wenn der Fötus schwer krank oder stark deformiert ist, auch wenn er keine Überlebenschancen hat. Seit diesem Urteil gehen in Polen jeden Tag zehntausende Menschen auf die Straße, um für ein selbstbestimmtes Leben für Frauen zu kämpfen.

Am 10. November 2020 habe ich deshalb online mit Anna Krenz von Dziewuchy Berlin, Klementyna Suchanow vom polnischen Frauenstreik und Marek Dyduch (SLD) über die aktuellen Proteste in Polen diskutiert. Die ganze Debatte können Sie hier auf Facebook abrufen: https://fb.watch/1S7_xLMcOW/

Klementyna Suchanow, Schriftstellerin und politische Aktivistin für den polnischen Frauenstreik OSK, gab uns einen Einblick in die aktuellen Proteste in Polen. Sie erzählte, die Wut der polnischen Bürger*innen richte sich stark gegen Kaczyński und die PiS-Partei. Obwohl das Urteil zur Abtreibungsverschärfung im Gericht und nicht im Parlament entschieden wurde, würden die Menschen sehen, welche Ideologie und wessen Einfluss hinter der Gerichtsentscheidung stehe.

Anna Krenz, Künstlerin, freie Journalistin und Aktivistin für Frauenrechte, hat die Initiative Dziewuchy Berlin (dt.=Mädels) ins Leben gerufen. Sie hat diesen Ableger der Bewegung Dziewuchy Dziewuchom gegründet, weil sie es wichtig findet, dass die polnische Diaspora sich weltweit für Frauenrechte in Polen einsetzt: „Auch wir sind wütend!“. Dziewuchy Berlin macht aktuell mit der „bloody week“ (dt.= blutige Woche) auf die Gefahren aufmerksam, die von einem strikteren Abtreibungsverbot ausgehen. Da der Sexualkundeunterricht sowie der Zugang zu Verhütungsmitteln in Polen teilweise beschränkt sind, könne eine Verschärfung des Abtreibungsverbots Frauen zu illegalen und gefährlichen Abtreibungsmethoden drängen. Diese Frauen werden durch die Gesetzeslage nicht nur kriminalisiert, sondern können bei dem Versuch, ihre Schwangerschaft zu beenden, ihr Leben verlieren.

Im Juni 2021 hatten wir Europaabgeordnete die Möglichkeit, in der Plenarsitzung mit unserer

Stimme ein klares Zeichen gegen diese Entwicklungen in Polen und anderen Ländern zu setzen. Wir konnten für den sogenannten Matic-Bericht stimmen, der die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu aufruft, die sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmungsrechte der Frauen zu stärken und die Gesundheitsfürsorge für Frauen zu verbessern. Im Vorfeld der Abstimmung wurde sehr viel Druck auf uns Abgeordnete ausgeübt. Abtreibungsgegner*innen haben eine Petition gestartet und in unzähligen Schreiben mit Desinformation gegen den Bericht Stimmung gemacht. Wir erhielten sogar Föten aus Plastik per Post in unser Büro geschickt.

Dabei sind Frauenrechte und unsere reproduktiven Gesundheitsrechte Menschenrechte und wir müssen sicherstellen, dass Frauen diese überall in der EU wahrnehmen können. Die Rechte auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sind auch in der Gesundheitsfürsorge essentiell, denn sie sind Voraussetzung für Gleichberechtigung. Das bezieht marginalisierte Personen und Gruppen wie Geflüchtete, LGBTIQ-Personen oder Menschen mit Behinderung ein.

Wir haben im EU-Parlament klare Standards und eine Verbesserung der gesundheitlichen und reproduktiven Gesundheit von Frauen gefordert. Jetzt ist es an den Mitgliedstaaten und an der Kommission zu handeln, diese einzuführen bzw. umzusetzen und die Rückwärtsbewegungen, wie wir sie beispielsweise in Polen beobachten, scharf zu kritisieren. Einen ausführlichen Beitrag zum Matic-Bericht finden Sie auf meiner Webseite: <https://gaby-bischoff.eu/matic-bericht-das-frauenrecht-auf-sexuelle-und-reproduktive-selbstbestimmung-und-gesundheit/>



Unterstützung für Künstler*innen während der Corona-Pandemie

Im Herbst 2020 machten über 6.500 Kulturschaffende aus ganz Deutschland im Rahmen des Aktionsbündnisses „Alarmstufe Rot“ am Brandenburger Tor auf das existenzbedrohende Wegbrechen ihrer Einnahmen aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen aufmerksam. Bis heute ist unklar, wie lange die Pandemie mit ihren Auswirkungen andauert und wann der Regelbetrieb wieder aufgenommen wird.

Mir war es ein besonderes Anliegen für die Resolution des Europäischen Parlaments im September 2020 für einen kulturellen Wiederaufbau Europas zu stimmen. Diese Entschließung enthält eine Forderung der europäischen Sozialdemokrat*innen, mindestens 2 % (d. h. mindestens 15 Mrd. Euro) des europäischen Wiederaufbaufonds für die Rettung des Kultur- und Kreativsektors bereitzustellen. EU-weit arbeiten hier 7,8 Millionen Menschen, er trägt 4 % zum europäischen BIP bei. Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Kunst und die Kunschtchaffenden. Kunst und Kultur sind lebensnotwendig für eine plurale Gesellschaft. Insbesondere die DNA der lebendigen und vielfältigen Stadt Berlin wird von der Kulturszene wesentlich geprägt. Der Wiederaufbau Europas kann nur mit einer florierenden Kulturlandschaft gelingen. Jetzt ist der Europäische Rat gefordert, hier mitzuziehen!

Am 25.05.2021 habe ich mich daher im Rahmen meiner regelmäßigen Gespräche über die Plattform Instagram mit Falk Richter, Theaterregisseur und Dramatiker, über die derzeitige Situation der Kulturschaffenden in Berlin, Deutschland und Europa ausgetauscht. In diesem Zusammenhang stellte ich Falk Richter die Frage, was Europa für das Theater bzw. die Kultur bedeutet. Er hat sich in seinem Theaterstück und darauf aufbauenden Film „Ich bin Europa“ intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Er stellt darin deutlich die Widersprüchlichkeit Europas dar: Auf der einen Seite ist Europa stolz auf die errungenen Menschenrechte, auf der anderen Seite soll der errungene Wohlstand unter allen Umständen verteidigt werden. Wie kann Europa dieses Dilemma überwinden? Wie können wir allen Bildungsschichten den Zugang zu Europa ermöglichen? Wie können wir mit Theater und Kultur Präventionsarbeit gegen Populismus und Rechtsradikalismus leisten?



Das gesamte Interview können Sie hier auf YouTube nachverfolgen: <https://www.youtube.com/watch?v=YmNbPgj5uso>

Weiterhin war es mir eine große Ehre am 03.06.2021 als Teil der nationalen Jury die Vorauswahl der Projektgewinner*innen für den Europäischen Bürgerpreis 2020 treffen zu dürfen. Mit diesem Preis werden Einzelpersonen und Projekte

geehrt, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine stärkere Integration innerhalb Europas fördern. Mit meiner Stimme trug ich dazu bei, dass der Europäische Bürgerpreis 2020 in Deutschland an das Jugendparlament in Deutschland e. V. für seine 91. Internationale Sitzung verliehen wurde. Schüler*innen hatten die Möglichkeit, den Wert demokratischer Entscheidungsprozesse aus erster Hand zu erfahren.

Unterzeichnete Briefe und parlamentarische Anfragen

Täglich erreichen mich Briefe von Aktivist*innen, Verbänden oder Organisationen mit der Bitte, ihre Aufrufe und Petitionen öffentlich mit meiner Unterschrift zu unterstützen.

Dazu zählen auch die Briefe von meinen Kolleg*innen aus dem Europäischen Parlament, in denen sie mich bitten, ihre parlamentarischen Anfragen an die EU-Kommission oder den Europäischen Rat zu unterzeichnen. Die Einreichung schriftlicher parlamentarischer Anfragen ist ein wesentliches Instrument für die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle, eine der Kernaufgaben des Europäischen Parlaments.

Auch ich habe parlamentarische Anfragen unter anderem an die EU-Kommission, aber auch an die deutsche Bundesregierung eingereicht:

22.04.2020

Gemeinsamer Brief von meinem Kollegen Ismail Ertug und mir an Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft und Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Saisonarbeitskräften

Zu Beginn der Corona-Krise fehlten in vielen deutschen Betrieben Saisonarbeiter*innen und Erntehelfer*innen. Aus diesem Grund hat das Innen- und Landwirtschaftsministerium die Einreise von 80.000 ausländischen Saisonkräften möglich gemacht. Besorgt haben wir das Konzeptpapier des BMI und des BMEL zur Kenntnis genommen, das die begrenzte Einreise von Saisonarbeitskräften unter strengen Auflagen vorsah. In unserem Brief haben wir deshalb gefordert, dass die geltenden Mindeststandards bei der Entlohnung und beim Arbeits- und Gesundheitsschutz in landwirtschaftlichen Betrieben angewandt werden. Außerdem haben wir zu folgenden Fragen um Stellungnahme gebeten: Wie sollen die Beschäftigten durch den fast flächendeckenden Lockdown Hilfe durch z.B. Gewerkschaften suchen? Wie soll die Zimmerbelegung kontrolliert werden? Wie wird kontrolliert, dass der Mindestlohn nicht umgangen wird?

22.07.2020

Gemeinsamer Brief mit meinem Kollegen Dennis Radtke an Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, zum Thema Mitbestimmung / Demokratie am Arbeitsplatz:

Die Erfahrungen in der Corona-Krise haben auch gezeigt, dass viele Unternehmen in der Praxis nicht gewillt sind, Mitbestimmungsrechte ihrer Arbeitnehmer*innen zu respektieren. Einige Unternehmen haben die Covid-19-Krise instrumentalisiert, um Informations- und Konsultationsrechte von Arbeitnehmer*innen zu umgehen. Betriebsräte berichteten uns, dass sie nicht über geplante Restrukturierungen informiert wurden. In unserem Brief haben wir die Kommission aufgefordert, konsequent dafür zu sorgen, dass die bestehende Gesetzgebung zur Mitbestimmung von den Unternehmen eingehalten wird.

In den Jahren 2020/2021 habe ich 58 Briefe mitunterzeichnet. Wer zu den Absendern gehört und welche Themen in den Briefen angesprochen worden sind, kann den Grafiken entnommen werden. Im Folgenden liste ich einige Briefe und Anfragen exemplarisch auf, die ich unterstützt habe:

15.10.2020

Robert Biedroń MdEP (S&D) | parlamentarische Anfrage an Josep Borrell Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik | Außenpolitik | Donor's conference for democratic Belarus

11.12.2020

Sabine Verheyen MdEP (EPP) | Aufruf an die Premierminister der EU-Mitgliedstaaten, an die Finanzminister und die Kulturminister der EU-Mitgliedstaaten | Kultur | Open letter - Support the European Cultural Recovery

23.02.2021

Ärzte ohne Grenzen NGO | Aufruf an die EU-Mitgliedstaaten und an die EU-Kommission | Sozialpolitik | Intellectual property rights on COVID-19 treatments

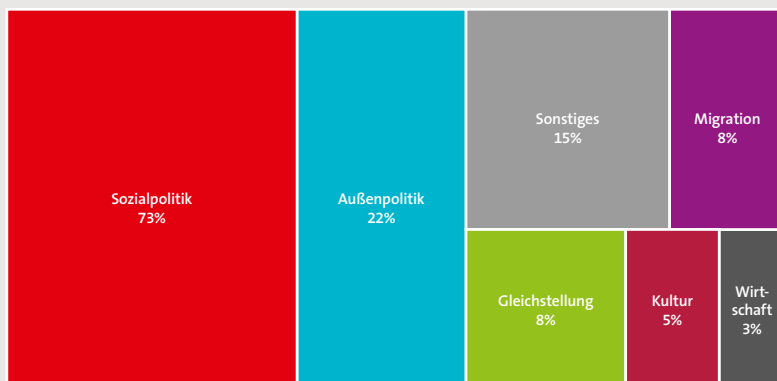
28.04.2021

Tiemo Woelken MdEP (S&D) | parlamentarische Anfrage an die EU-Kommission | Nuclear Energy written Questions to the Commission

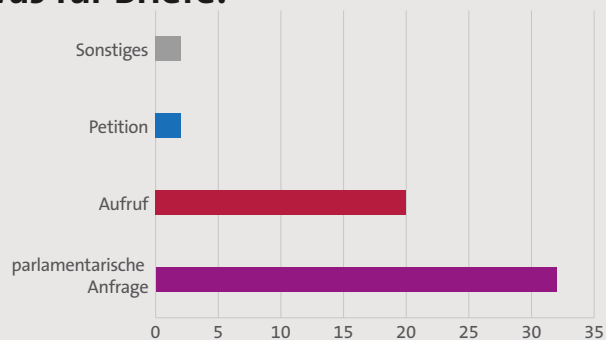
29.04.2021

European Parliament Intergroup on Children's Rights and EU Alliance for Investing in Children MdEPs | Aufruf an Member States: Live it up to the standards set in the European Child Guarantee | Sozialpolitik | EU Manifesto on Child Poverty

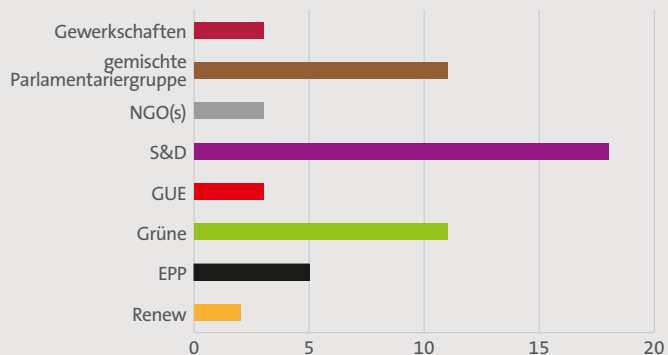
Themen der Briefe



Was für Briefe?



Initiatoren der 58 Briefe







Europa von Berlin aus verbessern

Meine Arbeit im Wahlkreis



Unterwegs im Bezirk

Politische Arbeit lebt vom persönlichen Austausch mit Bürger*innen. Daher hat es mich geschmerzt, dass ich aufgrund der Corona-Pandemie viele Monate lang nicht in den Berliner Bezirken unterwegs sein konnte. Die Infostände, Veranstaltungen vor Ort und der Plausch von Angesicht zu Angesicht haben mir sehr gefehlt!

In meinem ersten halben Jahr als Europaabgeordnete hatten mein Team und ich Veranstaltungsformate wie das „Europäische Frühstück“ und den „Feierabend-Aperitivo“ etabliert. Am 6. März 2020 folgten rund 170 Interessierte meiner Einladung zur Veranstaltung „Ein Klimapakt für die EU? Der Europäische Grüne Deal auf dem Prüfstand“ ins Centre Français und diskutierten mit mir und meinen Podiumsgästen, dem französischen Finanzexperten Pierre Larroustou (MdEP), dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller, sowie dem Umweltspezialisten Klaus Mindrup (MdB).

Es war mir wichtig, trotz der Ausgangsbeschränkungen den Kontakt zu den Berliner*innen aufrecht zu erhalten. Deshalb habe ich regelmäßig bei Online-Veranstaltungen und Insta-Live-Gesprächen über meine Arbeit in Brüssel informiert und über aktuelle Themen gemeinsam mit ihnen diskutiert, um Anregungen und Vorschläge aus Berlin mit nach Brüssel zu nehmen.

Sobald es die Lockerung der Kontaktbegrenzungen erlaubte, zog es mich wieder in die Kieze. Am 5. Mai 2021 war ich mit Stephan Machulik, Bezirksstadtrat für Jugend, in Spandau unterwegs, um EU-finanzierte Projekte zu besuchen. Die erste Station war das Klubhaus in der Westerwaldstraße, eine kommunale Jugend- und Freizeiteinrichtung, die ein breites Angebot für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bietet. Im Vordergrund stehen hier Jugendaustauschprogramme und politische Bildungsarbeit. Im Namen der SPD-Europa durfte ich 300 FFP2 Masken an den Leiter des Hauses Hakan Budak übergeben, damit das Klubhaus auch in Pandemiezeiten ein Ort der Begegnung bleiben kann.

Außerdem konnte ich mich an der Bernd-Ryke-Schule mit der Schulleiterin Kristin Nogai unter anderem darüber unterhalten, wie wir allen Bildungsschichten den Zugang zu Europa ermöglichen können, um Erasmus+ noch besser und nachhaltiger zu gestalten.

In der Klimawerkstatt Spandau habe ich spannende Projekte kennengelernt, die den Klimawandel sozial begleiten, z. B. Gemeinschaftsgärten für Menschen aus bildungsfernen Schichten oder einen Lastenrad-Verleih für soziale Einrichtungen. Weitere Stationen führten mich zum Jugendberatungshaus und zur Zitadelle Spandau.



Im Sommer 2021 war ich viel in Charlottenburg-Wilmersdorf unterwegs. Mehrmals besuchte ich dort mit der Abgeordneten Ülker Radziwill Betreiber*innen von Kleingewerbe und Nachbarschaftsinitiativen. Außerdem nahm ich an einer Demonstration für die Deckelung der A100 teil, die vom Kiezbündnis Klausenerplatz am 11.09.2021 durchgeführt wurde. Auf dem Sommerfest des Nachbarschaftszentrum Divan und auf der Veranstaltung der Berliner AG Migration und Vielfalt „Respekt und Anerkennung für Berlins Einwanderergenerationen“ am 18./19.09.2021 konnte ich viele beeindruckende Geschichten von Berliner*innen mit Migrationserfahrungen hören.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil meiner Wahlkreisarbeit sind Diskussionen mit Schüler*innen. Auch dieser Austausch mit jungen Berliner*innen war ab dem Sommer 2021 endlich wieder möglich. Im Rahmen des EU-Projekttag am 14.06.2021 konnte ich die Berlin Cosmopolitan School in Berlin-Mitte besuchen.

Sofern es die pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen erlauben, werde ich ebenfalls in künftigen Wahlkreiswochen, die im Kalender des Parlaments grün markiert sind und deshalb „grüne Wochen“ heißen, meine Bezirkstouren fortsetzen.

Hier finden Sie exemplarisch weitere Termine, die ich in Berlin wahrgenommen habe:

02.10.2020

Vertreter*innen des Kulturbeirats und der Gemeindevertretung Birkenwerder und der

Schulleitung der Regine-Hildebrandt-Gesamtschule Birkenwerder | Arbeitstreffen über ein „Europa von unten“: Bürgerbeteiligungen und Bürgerinitiativen in Birkenwerder

09.10.2020

Europäische Akademie Berlin | Online Koch-Roadshow: „Neue Rezepte für Europa!“ mit Fragen zur Konferenz zur Zukunft Europas

20.11.2020

Zukunftsforum Familie e.V. Berlin | Online-Gespräch über die europäische Kindergarantie

09.12.2020

Franziska Becker, MdA & Kian Niroomand, stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf | Online-Veranstaltung: Becker & Niroomand im Dialog: Fragen an Gaby Bischoff über die gesamteuropäischen Folgen und Chancen der Corona-Krise

15.01.2021

Neuköllner Werkstatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen | Online-Gespräch über das deutsche Werkstätten-system im europäischen Kontext

28.01.2021

Ana-Maria Trăsnea, SPD-Bundestagskandidatin in Treptow-Kopenick | Insta-Live-Gespräch über Frauen und Corona, Frauen und Wirtschaft

17.02.2021

Christian Hosbach, DGB Berlin-Brandenburg | Online-Arbeitstreffen



01.04.2021

Online-Austausch mit Lars Wendland GdP Berlin-Brandenburg: Arbeitsbedingungen Bundespolizei bei Frontex

22.04.2021

Europäisches Parlament EU-Verbindungsbüro Berlin | Online-Bürgerforum: „MITREDEN ÜBER EUROPA“ in Brandenburg

28.06.2021

Pro Bahn | Begrüßung des Nachtzuges Snalltaget Stockholm - Berlin

10.07.2021

DKMS mit Alfonso Pantisano | Insta-Live-Talk | 24 Stunden gegen den Blutkrebs! Für Anett. Für die DKMS

20.08.2021

DGB Berlin-Brandenburg | Sommerempfang

21.08.2021

Rundgang über den Markt am Hohenzollernplatz, Berlin | mit Franziska Giffey, Landesvorsitzende der SPD Berlin, und Franziska Becker, MdA

26.08.2021

Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland | Sommerempfang

15.10.2021

IG BCE Berliner Ortsgruppe | Workshop zum Thema Zukunft Soziales Europa

01.11.2021

Besuch des Inklusionsunternehmens Mosaik Services am Standort Konzerthaus Berlin

03.12.2021

Besuch der Bahnhofsmision Zoo und des Zentrums am Zoo der Evangelischen Kirche (EKBO)

03.12.2021

Besuch des Berliner Werkes für elektrische Schaltanlagen von Siemens Energy



Sattelfest für Europa: meine Europaradtouren

Nach einer langen Zeit der Kontaktbeschränkungen zog es uns nach draußen, um etwas zu unternehmen und unsere Sorgen und Ideen aus der Corona-Zeit mit anderen Menschen teilen zu können. Was lag deshalb näher, als meine beiden Leidenschaften, nämlich das Fahrradfahren und Europa, miteinander zu verbinden und zu europäischen Fahrradtouren einzuladen? Die Teilnehmenden hatten auf den beiden Touren im August 2021 die Chance, auf informellem Weg zu erfahren, wo Europa in Berlin und Umgebung sichtbar ist und welchen Einfluss die EU vor Ort hat.

Unser Tourguide Axel Blomberg vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club Berlin e. V. führte uns am 25. August 2021, von Potsdam nach Charlottenburg. Angefangen im Babelsberger Park fuhren wir entlang der Havel, vorbei am Wannensee und schließlich durch den Grunewald zur Europäischen Akademie Berlin. An unserem Ziel angekommen, hat uns der Direktor der Europäischen Akademie Berlin, Dr. Christian Johann empfangen und sein Haus vorgestellt.

Die zweite Tour am 28. August 2021 führte entlang des Mauerradwegs von Pankow nach Berlin Mitte. Axel Blomberg erzählte uns als Zeitzeuge von den Einreisedemos der Westberliner



Radler*innen in die DDR sowie von seinen Erlebnissen aus den Zeiten des geteilten Berlins.

Bei allen Radfahrer*innen, die mich bei den Touren begleitet haben, bedanke ich mich ganz herzlich und freue mich auf zukünftige Touren mit Ihnen!



Feierabend-Aperitivo zum Thema „Mitbestimmung in Europa“



Am 3. November 2021 habe ich zu einem Feierabend-Aperitivo ins Restaurant Lawrence in Berlin-Mitte eingeladen. Nach einer langen pandemiebedingten Pause, konnte ich mich endlich wieder mit interessierten Bürger*innen bei einem

Feierabendgetränk und arabischen Köstlichkeiten zu europäischen Themen austauschen.

Der Abend stand unter dem Motto „Mitbestimmung in Europa“ und ich habe von dem Initiativbericht für mehr Demokratie am Arbeitsplatz erzählt, für den ich als Berichterstatterin zuständig bin. Es kamen viele Fragen und Anregungen zu diesem und anderen europäischen Themen aus dem Publikum. Ich habe den Austausch mit den Gästen und die vielen Gespräche beim anschließenden lockeren Ausklang des Abends sehr genossen. Ich freue mich schon auf den nächsten Aperitivo im Lawrence!

EU-Besuchergruppen

Den Höhepunkt meiner Informationsarbeit als Europaabgeordnete bilden meine EU-Bildungsfahrten. Dazu lade ich unter normalen Umständen pro Halbjahr einmal ein. Berliner*innen bieten sie eine hervorragende Möglichkeit, mehr über die Arbeitsweise und den Einfluss des Europäischen Parlaments zu erfahren. Gleichzeitig

erhalten sie einen persönlichen Eindruck in meinem Alltag als Abgeordnete, denn hier kann ich direkt im persönlichen Gespräch Rede und Antwort stehen. Im Dezember 2019 folgten 55 Berliner*innen aus meinem Wahlkreis der Einladung zu meiner ersten EU-Bildungsfahrt nach Straßburg. Im Januar 2020 durfte ich meine zweite



Besuchergruppe aus Berlin in Brüssel willkommen heißen.



Ab dem 14. März 2020 galt der Beschluss des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Besuchergruppen größtenteils auszusetzen und ich konnte leider aufgrund dieser Situation keine Besucher*innen im Parlament mehr empfangen. Um weiterhin über die Rolle und Arbeit des Europäischen Parlaments informieren zu können, hat der Besucherdienst im letzten Jahr erfolgreich Onlinegespräche für Gruppen angeboten. Diese haben den großen Vorteil, dass auch Gruppen erreicht werden konnten, die normalerweise nicht die Möglichkeit hätten, nach Brüssel oder Straßburg zu kommen. Das Angebot habe ich als Europaabgeordnete gerne in Anspruch genommen und mich virtuell mit Interessierten getroffen:

27.10.2020

IG Metall | Online-Exkursion: Die Arbeit im Europäischen Parlament – anstehende Themen, politische Einschätzungen und persönliche Schwerpunkte

30.06.2021

10. Klasse des Gymnasiums Anna Sophianeum aus Helmstedt | EP-Online-Gespräch

01.07.2021

IG Metall Trainees | Online-Seminar zur Europapolitik

06.07.2021

FES-Seminargruppe | Online-Treffen

Wir informieren regelmäßig über die aktuellen Zugangsbestimmungen zum EU-Parlament auf unserer Webseite.

Am 8. und 9. Oktober 2021 konnte ich eine Gruppe junger Berliner*innen zum European Youth Event (EYE) des Europäischen Parlaments nach Straßburg schicken. Das war möglich, da das Event ein offizieller Bestandteil des Jugendkonsultationsprozesses im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas ist. Nach einem öffentlichen Abstimmungsprozess während des EYE 2021 wurden die Ideen der jungen Teilnehmenden in einem Bericht zusammengefasst, den Mitgliedern der Zukunftskonferenz präsentiert und so in die politische Debatte eingebracht. Auf meine Einladung hin konnten 14 Engagierte von den Jusos Berlin und der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg ihre Ideen zur Zukunft Europas mit anderen jungen Menschen teilen und Forderungen an die Politik entwickeln. Paula, die neben ihrem Studium bei den Jusos aktiv ist, hat ihre Erlebnisse in Straßburg in einem Bericht zusammengefasst, den Sie hier auf meiner Webseite nachlesen können: <https://gaby-bischoff.eu/european-youth-event-2021/>



Sozialdemokratische Werte | Parteileben

Eine gute Abstimmung zwischen der SPD auf Bundes- und Europaebene ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale Europapolitik. Daher beteilige ich mich als Mitglied des EMPL-Ausschusses regelmäßig aktiv an den Konferenzen der Sprecher*innen für Arbeit und Soziales der SPD-Fraktion(en) des Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie des Europäischen Parlaments.



Darüber hinaus stehe ich in engem Kontakt mit der Arbeitsgemeinschaft (AG) Arbeit und Soziales, der AG Europa und dem Arbeitskreis Europa der SPD-Bundestagsfraktion. Wir organisieren turnusgemäß Arbeitstreffen. Als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu dem MERCOSUR bin ich außerdem Teil des SPD Gesprächskreises zu Lateinamerika und der Karibik.

Auch der lebendige Austausch mit Berliner Genoss*innen auf Abteilungs-, Kreis-, Landes- und Bundesebene ist Bestandteil meiner Arbeit. Ich bin Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der SPD sowie Delegierte für den Landes- und Bundesparteitag und gestalte so das Parteigeschehen aktiv mit. Auf dem Landesparteitag am 26.10.2019 waren mein Team und ich mit einem Stand präsent. Die Gespräche mit anderen Delegierten und Besucher*innen sind mir wichtig, um trotz meiner vielen Arbeitstage in Brüssel auf dem neuesten Stand über Entwicklungen in Berlin zu bleiben. Auch die digitalen Landesparteitage verfolgte ich aufgrund der Kontaktbeschränkungen am Bildschirm.

Monatlich treffe ich mich außerdem im Rahmen der SPD-Landesgruppe Berlin mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Berliner Bundestagsabgeordneten. Wir laden dazu einen Gast aus einer Berliner Behörde, einem Unternehmen oder einem Verband ein. Am 27.05.2021 besuchten wir Siemens Energy in Berlin und unterhielten uns mit dem Betriebsrat Günther Augustat über die aktuelle Restrukturierungsmaßnahmen des Unternehmens, die Arbeitsplätze in Berlin gefährden. Zusätzlich habe ich mit Annika Klose und Günther Augustat auf Facebook Live darüber gesprochen, wie grüner



Wasserstoff und die Forschung dazu, die am Berliner Standort von Siemens Energy stattfindet, einen Weg aus der Wirtschafts- und Klimakrise bilden können.

Vor kurzem habe ich mich sehr gefreut, sowohl für die SPD auf Bundesebene als auch in Berlin in den Arbeitsgruppen zu Europa die Koalitionsverträge ausgestalten zu dürfen. Gemeinsam mit den anderen Genoss*innen habe ich alles dafür getan, dass wichtige sozialdemokratische Forderungen zur Europapolitik in die Koalitionspapiere einfließen.

Weiterhin freue ich mich immer, wenn ich in die Kreise, Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse zu europapolitischen Diskussionen eingeladen werde. Mit dem Fachausschuss Europa führe ich zweimal im Jahr eine größere Veranstaltung durch. Hier ist ein kleiner Ausschnitt meiner Termine mit Berliner Genoss*innen aus dem vergangenen Jahr:

23.09.2020

Abteilungsversammlung der SPD Pankow | Diskussion über Rechtspopulismus, EU-Ratspräsidentschaft und sozialdemokratische Vision

13.10.2020

Fachausschuss Europa, Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie und Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) der SPD Berlin | Online-Veranstaltung: „Karlsruhe und die EU – Wohin treibt Europa nach dem EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts?“

17.11.2020

AG 60plus der SPD Berlin | Videokonferenz: „Zwischenbilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“

03.12.2020

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ASF Berlin | Online-Landesvorstandssitzung: Bericht zur aktuellen Situation in Polen

14.01.2021

SPD Südende Steglitz-Zehlendorf | Online-Veranstaltung: „Wie geht es weiter mit Ungarn und Polen in der EU?“

23.03.2021

SPD Kreuzberg 61 | Online-Abteilungsversammlung: Herausforderungen für Demokratien in Europa mit Schwerpunkt Bulgarien

10.05.2021

Fachausschuss Europa der SPD Berlin | Online-Diskussion: „Die Konferenz zur Zukunft Europas: ‚Partizipationszirkus‘ oder Chance für eine neue EU durch innovative Beteiligungsverfahren?“





Patenschaften

#FreeSaba

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte schafft mit ihrem Patenschaftsprogramm für politische Gefangene internationale Aufmerksamkeit für inhaftierte Menschenrechtsaktivist*innen und setzt sich für deren Freilassung ein. Im Januar 2021 habe ich die politische Patenschaft für Saba Kord Afshari übernommen.

Saba Kord Afshari wurde 1998 geboren und lebt mit ihren Eltern in Teheran. Als Bürgerrechtsaktivistin setzt sie sich gegen die gesetzlich erzwungene Verschleierung im Iran ein. Saba wurde durch das Islamische Revolutionsgericht in Teheran im August 2019 wegen „Förderung von Verderbenstiften und Prostitution“, „illegale[r] Versammlung“, und „Propaganda gegen das Regime“ zu 24 Jahren Haft verurteilt.

Saba wurde zum ersten Mal verhaftet, als sie an einer friedlichen Protestversammlung im August 2018 in Teheran teilnahm. Sie wurde in das Qarchak-Gefängnis gebracht, das für seine unmenschlichen und erniedrigenden Verhältnisse bekannt ist. Während der Verhöre wurde sie wiederholt unter Druck gesetzt, Video-Geständnisse abzulegen. Das Geheimdienstministerium verhaftete sogar ihre Mutter, um weiteren Druck auszuüben und sie zu falschen Geständnissen zu

zwingen. Der Zugang zu einem Anwalt wurde ihr verweigert. Nachdem ein Berufungsgericht ihre Haftstrafe im November 2019 auf neun Jahre herabgesetzt hatte, wurde das Strafmaß im Mai 2020 ohne Gerichtsverfahren wieder auf 24 Jahre erhöht. Ihr Antrag auf ein Neuverfahren wurde am 10. November 2020 abgelehnt.

#weStandBYyou

Am 10. August 2020 fanden Wahlen in Belarus statt. Im Anschluss gingen tausende Menschen auf die Straße, um gegen den Wahlbetrug und den Machthaber Alexander Lukaschenko zu demonstrieren. Das Lukaschenko-Regime ging mit Gewalt gegen die Demonstrierenden vor und viele politische Aktivist*innen wurden zu Unrecht inhaftiert. Auch die 19-jährige Vitaliya Bandarenka wurde bei den Protesten festgenommen und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Ich habe in Zusammenarbeit mit der Organisation Libereco die Patenschaft für Vitaliya übernommen und möchte damit Aufmerksamkeit auf ihr Schicksal und das der vielen anderen politischen Gefangenen in Belarus richten und in persönlichen Briefen Anteil nehmen, Mut machen und in Verbindung bleiben.



Wir stehen derzeit in Kontakt mit Vitaliyas Mutter, die von schwierigen Haftbedingungen berichtet: Die Gefangenen dürfen kaum Kontakt zu ihren Angehörigen oder zur Außenwelt haben, werden stattdessen mit Staatspropaganda beschallt. Weiterhin müssen sie entwürdigende Leibesvisitationen über sich entgehen lassen und dürfen sich kaum bewegen. Vitalyas Mutter erzählt uns, dass ihre Tochter mehr als 15 Stunden am Tag sitzen muss, was zu medizinischen Problemen führt, die nur unzureichend versorgt werden.

Mich beeindruckt und inspiriert der Mut und die Beharrlichkeit dieser Menschen, die für eine demokratische Zukunft kämpfen und dafür einen Gefängnisaufenthalt oder sogar den eigenen Tod in Kauf nehmen! Die Unterdrückung der Bevölkerung in Belarus muss jetzt enden!

Lesepatenschaft

Seit zwei Jahren nehme ich an einer Aktion der Berliner Morgenpost teil und freue mich als Sozialdemokratin, die Willy-Brandt-Schule als Lesepatin mit Zeitungen für die Schüler*innen unterstützen zu können. Damit setze ich mich dafür ein, dass junge Menschen unkompliziert Zugang zu freien Medien erhalten. Presse- und Meinungsfreiheit sind wichtige Grundrechte. Trotzdem sind Journalist*innen in einigen Teilen Europas Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt. Umso wichtiger ist es mir, dass Schüler*innen den Wert von unabhängigem Journalismus mitbekommen und gut über politische Entwicklungen in Europa informiert sind.



The background is a solid red color with several faint, light red stars of varying sizes scattered across it. The stars are positioned in a way that suggests a celestial or night sky theme.

Für Sie hör- und sichtbar

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Pressemitteilungen

Zu meinen Arbeitsschwerpunkten äußerte ich mich in Pressemitteilungen, die ich entweder selbst oder beispielsweise über die SPD Europa herausgegeben habe. Nachzulesen sind sie hier: <https://gaby-bischoff.eu/presse-und-medien/>

Gaby in der Presse

Meine Artikel und Erwähnungen in der Presse finden Sie hier: <https://gaby-bischoff.eu/presse-und-medien/>

Podcasts

31.03.2021

Arbury Road Podcast #23 – Conference on the Future of Europe

23.04.2021

Europatalk – der Podcast – Konferenz zur Zukunft Europas

Videos

Um Ihnen einen persönlichen Eindruck in meine politische Arbeit zu ermöglichen, lade ich regelmäßig Videos meiner Reden im Europäischen Parlament und meiner Veranstaltungen sowie Wochenrückblicke auf YouTube hoch. Meinen Kanal mit allen Videos finden Sie hier: <https://www.youtube.com/channel/UCpw1xDGk-Px006h8IhuKMg>

Erfolgreichste Veranstaltung:

Mehr als 387 Menschen verfolgten unser Event am 13.10.2020 „Polen und LGBTI-Rechte – Demokratiefreie Zonen in Europa?“ und mehr als 130.000 Menschen sahen den dazugehörigen Beitrag.

Social-Media

Facebook

Gaby Bischoff



493 Beiträge | 284.704 erreichte Pers.
1.131 Personen gefällt die Seite
1.241 Abonent:innen

<https://www.facebook.com/gabybischoff.eu>

Instagram

@gabybischoff



657 Beiträge
1.754 Abonent:innen
2.500 erreichte Konten pro Monat

<https://www.instagram.com/gabybischoff/>

Twitter

gabischoff



8.572 Tweets
3.340 Follower:innen
33.000 Impressionen pro Monat

<https://twitter.com/gabischoff>

Website

gaby-bischoff.eu



8.223 Besucher:innen
20.000 Seitenansichten
2 Min 31s Aufenthaltsdauer

<https://gaby-bischoff.eu/>

Youtube

Gaby Bischoff



854 Aufrufe
6.494 Impressionen
14,5 Stunden Wiedergabezeit

https://www.youtube.com/channel/UCpw1xDGk-_Px006h8I-huKMg



The background of the slide is a dark red color with several lighter red, five-pointed stars scattered across it. The stars are of varying sizes and are positioned at different angles, creating a dynamic pattern.

Ausblick



Nach dieser spannenden ersten Halbzeit blicke ich gespannt auf die kommenden zweieinhalb Jahre. Vieles konnten wir bereits erreichen, aber wichtige Projekte sind erst ins Rollen gekommen oder stehen noch in den Startlöchern.

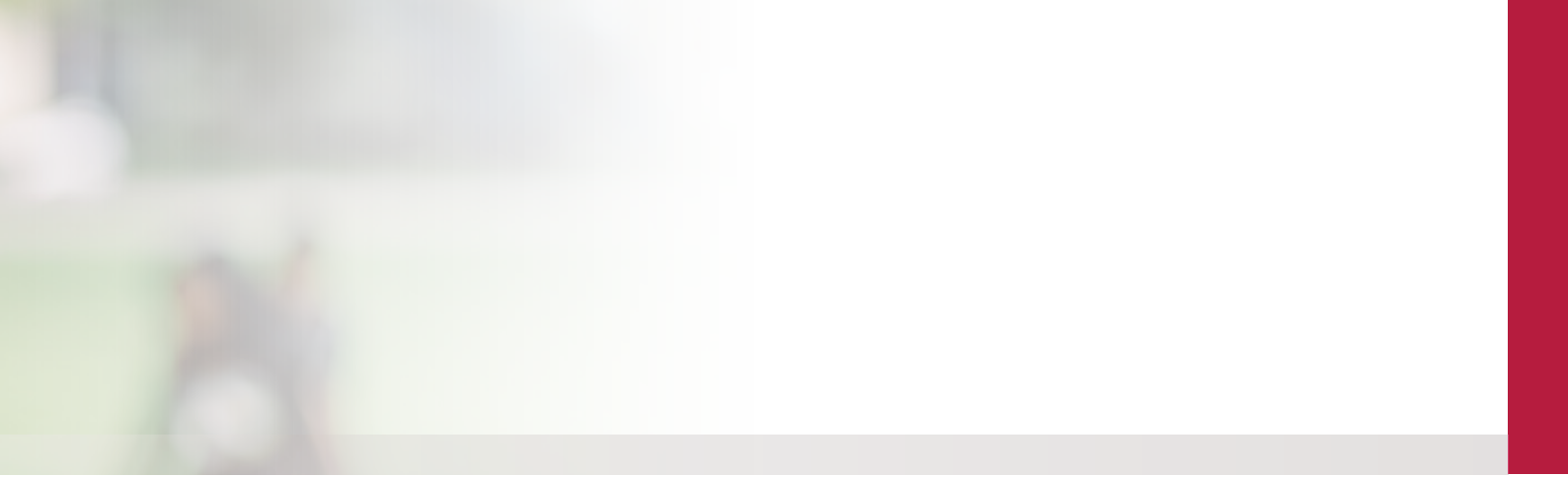
Im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik stehen im kommenden Jahr zwei spannende Verhandlungen an: Zum einen werden nun die Verhandlungen zu den europäischen Mindestlöhnen beginnen, nachdem beide Institutionen ihr Verhandlungsmandat abgestimmt haben. Außerdem wird nach der Vorlage des

Kommissions-Vorschlags zu den Plattform-Arbeiter*innen die Verhandlungspositionen von Rat und Europaparlament erwartet, bevor sich die Institutionen an den Verhandlungstisch setzen und über bessere Rechte für Menschen, die auf Plattformen arbeiten, verhandeln. Des Weiteren habe ich noch vor Weihnachten nach über zweieinhalb Jahren Arbeit die Verhandlungen über die Koordinierung der sozialen Sicherung in der EU abgeschlossen und mich mit der Slowenischen Ratspräsidentschaft auf einen provisorischen Kompromiss geeinigt. Leider hat der Rat diesen wichtigen Kompromiss abgelehnt, wie bereits beim ersten Anlauf im Frühling 2019.



Als jüngst gewählte Vizepräsidentin der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament werde ich mich darüber hinaus auch dafür einsetzen, dass die Stimme der Beschäftigten gestärkt wird und mich für einen neuen Vorschlag der Kommission für bessere Mitbestimmungsregeln stark machen.

Das nächste Jahr wird außerdem zeigen, wie erfolgreich die Konferenz zur Zukunft Europas war und ob die Vorschläge der Bürger*innen zur Erneuerung der EU beitragen und in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden. Mein Ziel ist es, das Haus der europäischen Demokratie zu erneuern und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir die EU tatsächlich sozialer, demokratischer und handlungsfähiger gestalten



können. Besonders wichtig ist meiner Meinung nach, dass wir in Zukunft gerade im Bereich der Sozialpolitik mit qualifizierter Mehrheit entscheiden können.

Halbzeitbilanz heißt auch, dass der Wahlkampf für die nächste Europawahl näher rückt. Deshalb werde ich mit Hochdruck daran arbeiten, die kommende Europawahl mit einem reformierten Wahlrecht europäischer zu gestalten. Genauer gesagt, ist es mir ein besonderes Anliegen, das Spitzenkandidat*innenprinzip rechtlich zu verankern. EU-Bürger*innen sollen sich bei der nächsten Wahl sicher sein können, dass ihre Stimme einen Einfluss auf die Besetzung der Spitzenposten in der Kommission haben wird. Außerdem mache ich mich weiter für transnationale Wahllisten und die Förderung einer europäischen Öffentlichkeit im Rahmen der EU-Wahlen stark. Wichtig ist mir außerdem die Reform des Statuts der Europäischen politischen Parteien, die in ganz Europa stärker, aktiver und sichtbarer werden sollten, ganz unabhängig davon, ob gerade Wahlen anstehen oder nicht.

Was gleich bleiben wird, ist meine Präsenz in Berlin. Es ist mir sehr wichtig, so oft wie möglich Termine im Wahlkreis wahrzunehmen. So erhalte ich den besten Eindruck davon, was in den Berliner Bezirken von der EU gefordert und wie hier vor Ort Europa gelebt wird. Ich bleibe meinem Motto treu, dass gute Europapolitik nicht nur aus der Straßburg- oder Brüsselblase gemacht werden kann. Der Austausch mit Europaexpert*innen reicht alleine nicht aus, um gute Politik für Alle in Europa zu machen. Die Eindrücke und der Austausch mit den Menschen in Europa vor Ort sind genauso wichtig. In diesem Sinne freue ich mich sehr auf ein Treffen mit Ihnen! Auf meiner Webseite, in meinem Newsletter und über meine Kanäle in den sozialen Medien informiere ich laufend über meine Termine und Veranstaltungen.

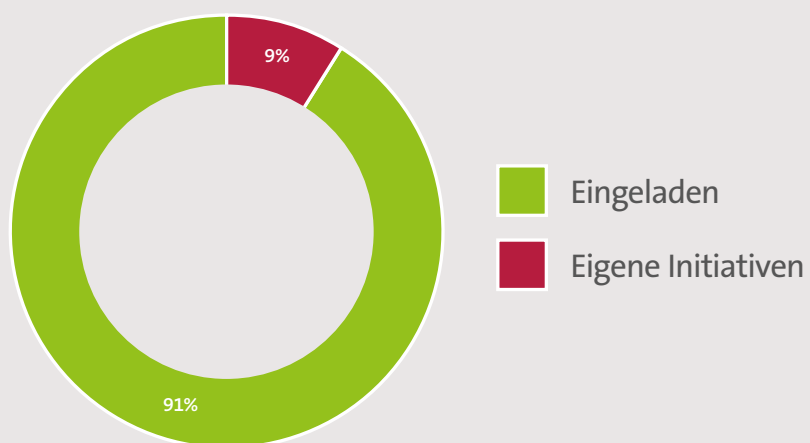


The background is a solid red color with several white, five-pointed stars of varying sizes scattered across it. The stars are positioned in a way that they appear to be floating or falling from the top of the frame.

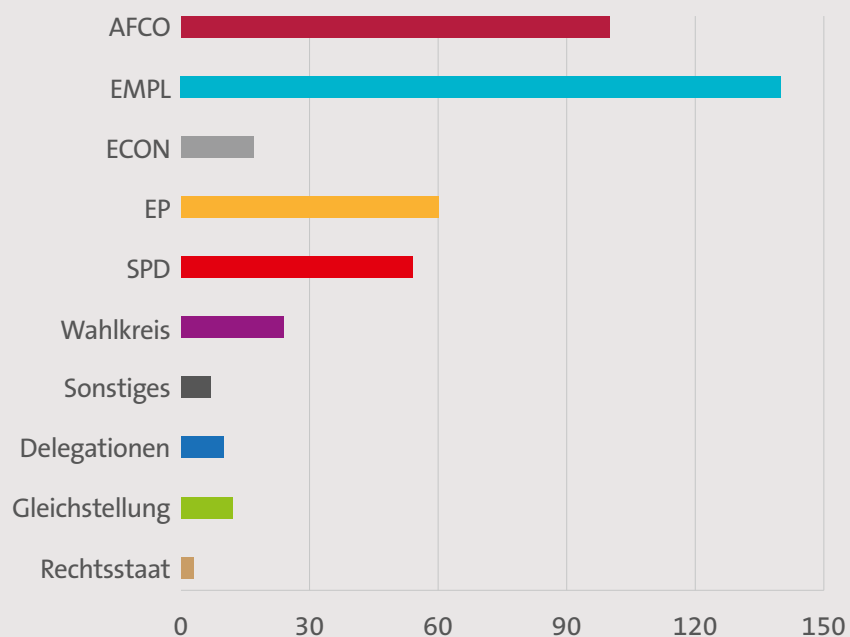
**Ein Überblick über
meine Termine**

Insgesamt bis zum 12.10.2021: **429 Termine wahrgenommen**

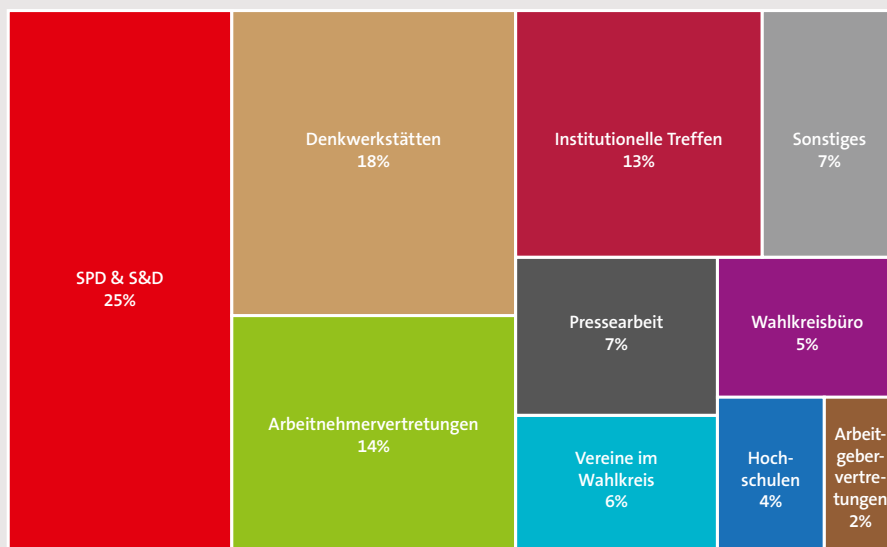
Veranstaltungen



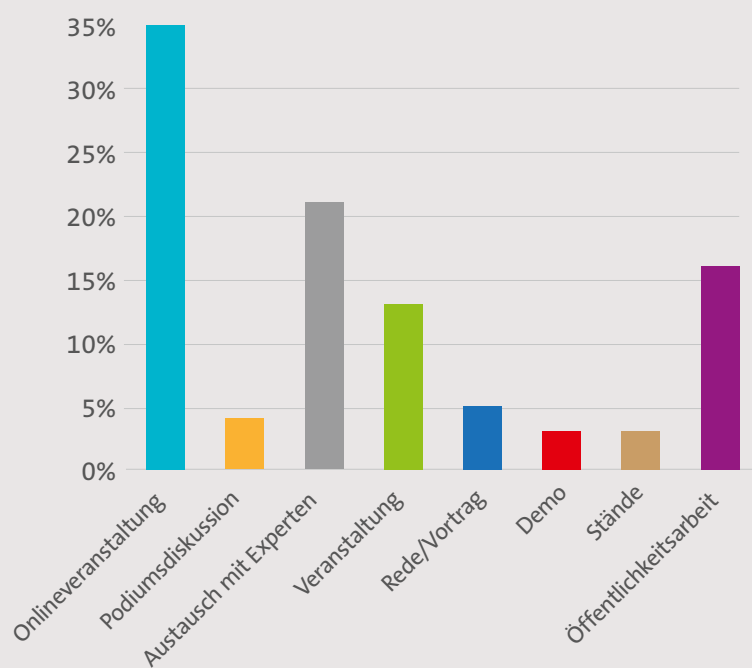
Fachliche Schwerpunkte



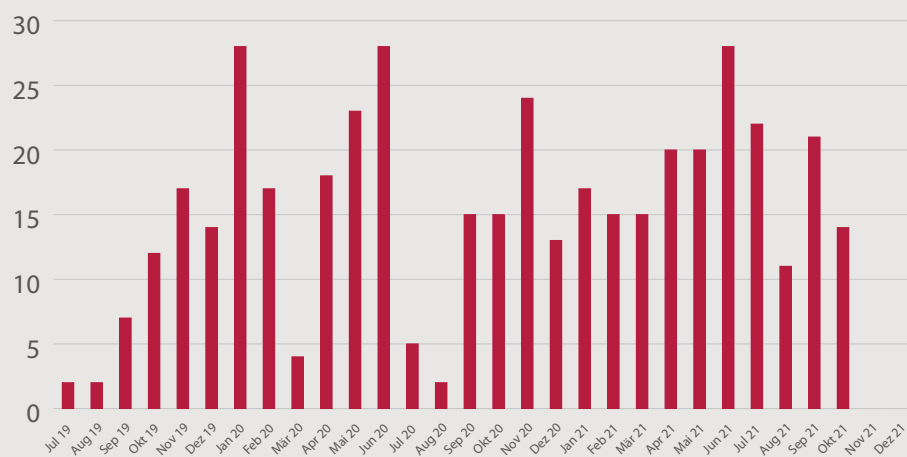
Mit wem war ich am meisten im Austausch



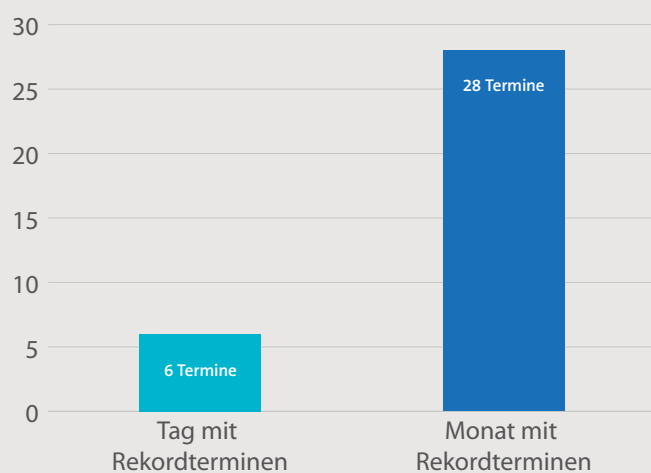
Was für Termine?



Wieviele Termine im Monat



Rekordtag und -monat





Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Besuchen Sie meine Website und folgen Sie meinen Kanälen in den sozialen Netzwerken



Facebook:

<https://www.facebook.com/gabybischoff.eu>



Instagram:

<https://www.instagram.com/gabybischoff/>



Twitter:

<https://twitter.com/gabischoff>



Webseite:

<https://gaby-bischoff.eu/>



YouTube:

https://www.youtube.com/channel/UCpw1xDGk-_Px006h8IhuKMg